

elde

Saarland und
Schleswig-Holstein vor der Wahl:
Eine Chance für die Liberalen

Verbot der NPD? Pro und Contra
zu einer umstrittenen Forderung

Liberaler Depesche

01 | 2012



Was ändert sich 2012?

Die FDP-Bundestagsfraktion
analysiert Gesetzesänderungen

Leitmotiv Wachstum

Neue Kampagne der Partei
der Sozialen Marktwirtschaft

Wachstumsbremsen lösen, neue Dynamik schaffen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

das vergangene Jahr war nicht einfach für uns Liberale. Insbesondere auch für Sie vor Ort, die Sie mit Ihrem Namen und Ihrem Ansehen für diese Partei einstehen. Für Ihren Rückhalt und Ihre Unterstützung möchte ich mich im Namen der gesamten Führung an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Im neuen Jahr müssen wir jetzt geschlossen für die liberale Sache eintreten. Schluss mit der Nabelschau! Wir müssen hart ran an die wichtigen Themen. Eine vernehmbare liberale Stimme wird dringender denn je gebraucht. Das gilt in der Koalition, etwa in der Debatte um die Vorratsdatenspeicherung, aber vor allem auch in der Auseinandersetzung mit der Opposition.

Der Zeitgeist weht heute scharf von links. Vor allem in der Steuer- und Wirtschaftspolitik heißt die Botschaft der Opposition: Alles dem Staat, nichts dem Bürger! Die SPD will die Steuern um 30 Milliarden Euro erhöhen. Die Grünen haben etwa 20 Steuererhöhungen geplant. Und gleichzeitig

bereitet die Opposition mit der Forderung nach Eurobonds den Weg in die Schuldenunion.

Das ist eine Politik gegen die Mitte und gegen die Soziale Marktwirtschaft. Das ist nicht unser Weg! Wir wollen Herausforderungen nicht durch mehr Staat lösen, sondern indem wir die Mitte und den Mittelstand stärken und Wachstum fördern – von Menschen, von Ideen, von Unternehmen.

Durch Wachstum schaffen wir neuen Wohlstand, neue Arbeits-, Bildungs- und Aufstiegschancen. Und mit Wachstum bekämpfen wir auch unsere Schulden.

Dass das geht, haben wir gezeigt: Gegenüber dem „Steinbrück-Plan“ senken wir die Neuverschuldung für die Jahre 2010 bis 2012 um 128 Milliarden – durch strikte Ausgabendisziplin, aber vor allem durch Wachstum. Die Schuldenquote ist zuletzt von 83,2 auf 80,4 Prozent zurück gegangen. Und gleichzeitig steigen die Beschäftigung und der Wohlstand der Menschen.

Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen. Diese Richtung hat Philipp Rösler in seiner Rede zu Dreikönig gewiesen.

Wir Liberale wissen aber: Die Politik kann nur den Rahmen für Wachstum schaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger mehr leisten können. Wir müssen jetzt, da die Lage international schwieriger wird, Wachstumsbremsen lösen und neue Dynamik schaffen. Das ist die große Herausforderung für das neue Jahr.

Diesem Schwerpunkt widmet sich auch diese Ausgabe der **elde**. Wie Sie sehen, hat sich das Erscheinungsbild des Heftes verändert. Fraktion und Partei haben sich hier für eine klare Struktur und ein übersichtliches Layout entschieden. Nur die Inhalte bleiben unverändert liberal. Und in diesem Sinne gehen wir auch gemeinsam ins neue Jahr: Mit guten Inhalten und neuer Klarheit.

Herzlichst, Ihr



Patrick Döring



Inhalt

Bundestag

- 4 Was ändert sich 2012?
- 5 Einigung statt Gerichtsverfahren durch Mediation
- 6 Klimakonferenz hat Erwartungen übertroffen
- 7 Rechtsextremismus konsequent bekämpfen
- 8 FDP will Masterplan Alphabetisierung
- 9 Euro-Stabilisierung bleibt wichtigste Aufgabe
- 10 MdB-Ticker

Thema: Wachstum

- 11 Starke Mitte – starkes Land
- 12 Soziale Marktwirtschaft ist das Wirtschaftssystem der Freiheit
- 15 Nachhaltiges Wachstum durch disziplinierte Freiheit
- 16 Interview mit dem Bundesvorsitzenden Philipp Rösler

Mitgliederentscheid

- 18 Das Basisvotum war ein Erfolg für die ganze FDP

Grundsatzprogramm/Aktuell

- 19 Schlussphase der Debatte beginnt
Nebel: Werden größte Reform seit 50 Jahren unbeirrt fortsetzen

Gespräch

- 20 Walter Klitz: Es wird höchste Zeit für einen politischen Klimawandel in Nordkorea

Landespolitik/Aktuell

- 22 Saarland: Wir werden zurückkommen
Ehrenamtliches Engagement für kranke Kinder

Liberales Leben

- 23 Glückwünsche zum 75. Geburtstag Klaus Kinkels
- 24 Zum 50. Geburtstag von Guido Westerwelle

Vor der Wahl

- 26 Schleswig-Holstein braucht im Landtag die engagierte FDP

Regierung

- 27 Energiewende gestalten – Energiepreise stabil halten

Pro & Contra

- 28 Brauchen wir ein NPD-Verbotsverfahren?

Argumente

- 29 Vorratsdatenspeicherung

Ausgefragt

- 30 elde will´s wissen: Jörg von Polheim

Kontakt

- 31 Leserbrief/Impressum

Titelseite: Zur ersten Bundesvorstandssitzung dieses Jahres stellte die Bundespartei mit diesem Motiv zur Berliner Grünen Woche ihre neue Wachstums-Kampagne der Presse vor.

Aktion des Monats: Wirtschafts-Wachstum in Schleswig-Holstein

Wachstum ist auch im Küstenland Schleswig-Holstein zu finden. Die FDP in Schleswig-Holstein unterstützt besonders Unternehmen, die das Wachstum im Land voranbringen und mit innovativen Ideen für sichere Arbeitsplätze sorgen. Brunsbüttel Ports GmbH, ein Unternehmen der SCHRAMM group, hat auch im vergangenen Jahr seine erfolgreiche Entwicklung fortgesetzt. Durch die breite Aufstellung als Universalhafengruppe mit den Standbeinen Stückgüter, Massengüter und Flüssiggüter in den drei Häfen im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel, konnte der Umschlag auf erstmalig über 10 Millionen Tonnen gesteigert werden.

Die Ausrichtung als trimodaler Umschlagplatz für See- und Binnenschiffe, sowohl für die regionale Industrie, als auch im Transitverkehr in das Hafenhinterland, ist Garant für kontinuierliches, positives Wachstum der Hafengruppe. Ein wichtiger und wesentlicher Schwerpunkt der Aktivitäten bleiben die Logistikdienstleistungen für Windkraftanlagen im On- und Offshore-Bereich. Im Elbehafen werden kontinuierlich Windkraftanlagen umgeschlagen. Mittelfristig soll Brunsbüttel zum Offshore-Basishafen ausgebaut werden, um auch produzierenden Unternehmen der Windkraftbranche die Ansiedlung in Hafennähe zu ermöglichen.

Susann Wilke



WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.elbehafen.de

Was ändert sich zum Jahresbeginn?

2012

Seit 1. Januar sind eine Reihe von Gesetzesänderungen in Kraft. In vielen Bereichen hat die Koalition im letzten Jahr Reformen durchgesetzt.

Viel Neues für die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2012: Ein großer Erfolg für die Liberalen ist dabei das Löschen von kinderpornographischen Inhalten im Netz. Mit der gesetzlichen Neuregelung wurden die alten Sperrgesetze der großen Koalition endlich abgeschafft. Damit ist die bisher offene Hintertür der rechtswidrigen Zensur im Internet endlich geschlossen.

Ebenfalls auf Druck der FDP werden im Steuer- und Abgabenrecht viele Änderungen eingeführt, die dazu führen werden, dass den allermeisten Arbeitnehmern mehr im Portemonnaie bleibt. So wird der Arbeitnehmer-Pauschbetrag von derzeit 920 auf 1.000 Euro erhöht. Insgesamt ist somit für rund 22 Millionen Arbeitnehmer – etwa 60 % aller steuerpflichtigen Arbeitnehmer – kein Einzelnachweis der Werbungskosten in der Steuererklärung mehr erforderlich. Auch die Berechnung der Entfernungspauschale wird

stark vereinfacht. Interessant ist für viele Arbeitnehmer vor allen Dingen die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,9 auf 19,6 Prozent. Eine Entlastung von rund 2,8 Milliarden Euro pro Jahr. Dies geht auch aufgrund der hervorragenden Situation auf dem Arbeitsmarkt, wo ein Rekordwert an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zu verzeichnen ist.

Im Sozialbereich hat die Koalition die Versorgung der Patienten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gerückt. Nachdem im letzten Jahr die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherungen auf stabile Beine gestellt wurde, wurden zum 1. Januar Voraussetzungen für eine bessere ärztliche Versorgung im ländlichen Raum geschaffen. Hier gibt es u. a. durch Änderungen in der Vergütung sowie der Wohnortpflicht für Ärzte endlich wieder bessere Anreize, vor allem in ländlichen Regionen tätig zu werden. Für alle Familien wird 2012 eine weitere echte Erleichterung

bringen: Eine bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf. Beschäftigte können ihre Arbeitsstunden mit der Familienpflegezeit so weit reduzieren, dass sie parallel zur Pflege von Angehörigen weiterhin erwerbstätig sein können, aber dennoch über genügend Einkommen verfügen. Dies hilft insbesondere Familien, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen möchten. Auch im Bereich des Kindergelds gibt es Neuerungen: So kann es künftig einfacher beantragt werden.

Und ebenso wurde die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten verbessert sowie der Kinderschutz gestärkt. Das war den Liberalen ein Herzensanliegen.

Daniel Kölle

WWW

Mehr Informationen und Zahlen unter: www.fdp-fraktion.de/2012



Neu ab dem 1. Januar 2012

Außen- und Sicherheitspolitik:

- Verbesserung der Versorgung von Soldaten

Finanz- und Wirtschaftspolitik:

- Steuervereinfachungen für die Steuerzahler
- Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags

Agrarpolitik:

- Wirksamerer Schutz der Fischbestände

Verkehrspolitik:

- Neue Ideen für den Gütertransport auf der Straße

Innen- und Rechtspolitik:

- Löschen statt Sperren kinderpornographischer Inhalte im Netz

Gesundheitspolitik:

- Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum
- Stärkung von Frauen im Arztberuf

Arbeitsmarkt und Soziales:

- Reduzierung der Arbeitskosten
- Bundesagentur für Arbeit geht schuldenfrei ins neue Jahr

Familienpolitik:

- Mehr Zeit für die Pflege von Angehörigen
- 24-Stunden-Hilfetelefon für bedrohte Frauen

Umwelt- und Energiepolitik:

- Mehr Markt und Wettbewerb bei den Erneuerbaren Energien



Einigung statt Gerichtsverfahren

Deutscher Bundestag beschließt Gesetz zur Förderung der Mediation

In Deutschland kann man, statt einen Prozess zu führen, ebenso gut würfeln“, so überspitzte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Willi Geiger 1982 in der Deutschen Richterzeitung. Zumindest die seit Jahren fast gleichbleibenden Zahlen der Gerichtsverfahren belegen diese Aussage des Verfassungsjuristen nicht, denn nach wie vor ziehen allein in Zivilsachen jährlich rund 1,5 Millionen Menschen vor den Kadi. Die Bürgerinnen und Bürger würfeln nicht, sondern haben großes Vertrauen in die deutsche Gerichtsbarkeit. Doch die Gerichte werden durch die vielen Verfahren enorm beansprucht. Der Deutsche Bundestag hat daher einstimmig kurz vor Weihnachten ein Gesetz zur Förderung der Mediation verabschiedet. Die Mediation ermöglicht Streitenden in einem strukturierten Verfahren, sich mit Unterstützung eines professionellen Streitschlichters zu einigen, anstatt sich gleich vor einem Richter zu treffen. „Wir wollen die Bürger ermuntern, ihre Streitigkeiten vornehmlich eigenverantwortlich zu lösen“, begründet Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger den Gesetzesentwurf. Gerichtsverfahren, die viel Zeit und Nerven kosten, können dadurch vermieden werden, so die Ministerin. Ihr Gesetzesentwurf wird als „Paradigmenwechsel“ und „Umbruch“ in der Presse gelobt (Süddeutsche Zeitung).

Entscheidend für den Erfolg der außergerichtlichen Streitbeilegung ist die Unabhängigkeit des Streitschlichters. Daher hat der Bundestag die Ausbildung des Mediators im Gesetz klar geregelt. „Wir wollen, dass die Menschen, die sich vorgerichtlich an einen Mediator wenden, auf Personen treffen, die

vernünftig ausgebildet sind, die wissen, was sie tun, die ihr Handwerk verstehen und dann in der Lage sind, aufgrund ihrer Ausbildung eine Streitschlichtung außergerichtlich zu erreichen“, argumentiert der rechts-

Mediation entscheiden die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam, welche Zahlen die Würfel zeigen. Denn in der Mediation gibt es idealerweise keine Verlierer, sondern nur Gewinner.

Daniel Kölle

» Wir wollen die Bürger ermuntern, ihre Streitigkeiten vornehmlich eigenverantwortlich zu lösen.«

politische Sprecher und Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Ahrendt. So soll die Regelung zu einer wesentlichen Verbesserung der Streitkultur beitragen. Denn falls vor Klageerhebung keine Mediation stattgefunden hat, muss dargelegt werden, welche Gründe der Mediation entgegenstehen.

Die Mediation unterliegt der Verschwiegenheit. Keiner, der daran teilnimmt, muss befürchten, mit seinen in der Schlichtung gemachten Äußerungen später konfrontiert zu werden, sollte es doch noch zu einem Gerichtsverfahren kommen. Nur wenn beide Parteien mit dem Mediator vertrauensvoll zusammenarbeiten, besteht die Basis für eine erfolgreiche Einigung. Wir Liberale haben dieses Gesetz von Anfang an begrüßt und versucht, mit allen Fraktionen einen Kompromiss zu finden. Dies ist gelungen, denn das Gesetz wurde einstimmig vom Deutschen Bundestag beschlossen. Dieser Erfolg der Koalition und der Bundesjustizministerin ist ein gutes Zeichen. Jetzt muss für die Akzeptanz des Verfahrens geworben werden, damit die Flut der Gerichtsverfahren abnimmt. Mit der



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Bundesjustizministerin



Christian Ahrendt,
rechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

WWW

Mehr Informationen unter:
www.fdp-fraktion.de
www.bmj.de



Klimakonferenz in Durban hat Erwartungen übertroffen

Die UN-Klimakonferenz tagte im südafrikanischen Durban.

**Von Michael Kauch,
umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion**

2010 war das Jahr mit dem höchsten CO₂-Ausstoß aller Zeiten. Ein noch so vorbildlicher Klimaschutz in der EU mit 15 % Anteil an den weltweiten Emissionen bringt allein nicht den notwendigen durchgreifenden Wandel. Deshalb handelt die FDP global. Auf Initiative von Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle hat sich der Weltsicherheitsrat erstmals mit den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels befasst. Entwicklungsminister Dirk Niebel wird immer mehr zum wichtigsten Klimaschutzminister in Deutschland. Er ergreift neue Initiativen für die Technologiekooperation und investiert in den Schutz der Regenwälder.

Die Konferenz von Durban hat die Erwartungen klar übertroffen. Wir haben es geschafft, dass ein einheitlicher Rechtsrahmen für alle Länder vereinbart wurde – wenn auch erst ab 2020. Die Schwarz-Weiß-Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern entfällt. Alle werden sich gemäß ihrer jeweiligen Verantwortung an dem entsprechenden Abkommen beteiligen. China emittiert mit knapp sieben Tonnen CO₂ pro Kopf etwa zwei Drittel der EU-Emissionen, Indien da-



**Michael Kauch,
umweltpolitischer
Sprecher der FDP-
Bundestagsfraktion**

gegen nur 1,5 Tonnen. China kann sich nicht mehr hinter den ärmsten Ländern verstecken. Das wird Wettbewerbsgleichheit zwischen Industriestandorten weltweit herstellen.

Das außenpolitisch Bedeutsamste in Durban war die neue Allianz der EU mit Afrika, mit den ärmsten Staaten und den Inselstaaten. Auch Brasilien, Mexiko und Südafrika haben sich an unsere Seite gestellt. Damit errang die EU die Führungsrolle. Wie haben wir es geschafft, diese Allianzen zu bilden? Die Grünen haben uns gesagt: Wir müssen nur das EU-Klimaziel auf 30 % CO₂-Einsparung bis 2020 anheben. Das hat sich als falsch erwiesen. Es gibt viele gute Gründe, das Einsparziel aus EU-internen Gründen anzuheben. Aber für

die UN-Verhandlungen hat das absolut keine Rolle gespielt. Entscheidend war, dass Europa Vertrauen vermittelt hat, dass wir es mit der Klimafinanzierung ernst meinen. So hat Entwicklungsminister Dirk Niebel noch während der Konferenz 120 Millionen Euro für die Energiekooperation mit dem südlichen Afrika zugesagt.

Das ist die Botschaft von Durban: Jeder Euro, den wir für die internationale Klimazusammenarbeit investieren, bringt

nicht nur fürs Klima viel mehr als jede letzte Maßnahme in Deutschland selbst. Er hat vielmehr den Zusatzeffekt, dass wir Kooperationsbereitschaft in der Welt bekommen – und somit vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Deshalb ist die Finanzierung von Waldschutz und internationaler Technologiekooperation im Interesse sowohl des Klimas als auch der Arbeitsplätze der deutschen Industrie. Hier müssen wir Prioritäten setzen.

» Das Bedeutsamste in Durban war die neue Allianz der EU mit Afrika, mit den ärmsten Staaten und den Inselstaaten. «



WWW

Mehr Informationen unter:
www.fdp-fraktion.de
www.klima-sucht-schutz.de
www.bmz.de

Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Von Gisela Piltz, innenpolitische
Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion

Die Ende vergangenen Jahres bekannt gewordenen Taten einer rechtsextremistischen Gruppierung haben eine Debatte darüber ausgelöst, wie Rechtsextremismus besser bekämpft werden kann. Der Fall rund um das Mord-Trio aus Zwickau, das 13 Jahre lang schwerste Straftaten bis hin zu Morden begehen konnte, obwohl es sich quasi in Sichtweite der Sicherheitsbehörden bewegte, wirft völlig zu Recht die Frage auf, ob unsere Sicherheitsbehörden gut aufgestellt sind oder ob hier nicht Verbesserungsbedarf besteht.

Es ist in unserem Rechtsstaat nicht hinnehmbar, dass den Sicherheitsbehörden offensichtlich eklatante Fehler bei den Ermittlungen unterlaufen sind. Falsch ist aber der Pawlowsche Reflex, umgehend nach neuen und schärferen Gesetzen zu schreien. An dem aktuellen Fall zeigt sich deutlich, dass nicht fehlende Gesetze den Ermittlungserfolg verhindert haben, sondern Defizite beim Vollzug bestehender Gesetze.

Vorhandene Erkenntnisse wurden ersichtlich nicht richtig eingeordnet, so dass die Ermittlungen bei zehn Morden und weiteren schweren Straftaten wie Bankraub ins Leere liefen. Notwendig ist daher vor allen Dingen aufzuklären, weshalb den beteiligten Behörden derart schwerwiegende Fehler in den Ermittlungen unterlaufen konnten. Dabei muss durch unabhängige Ermittler schonungslos analysiert werden, wo die Probleme bei den beteiligten Polizeibehörden sowie den Verfassungsschutzämtern gelegen haben.

Vorschnelle Forderungen nach gesetzgeberischen Konsequenzen sind hingegen Augenwischerei. Wenn die Sicherheitsbehörden nicht in Richtung „rechts“ ermitteln, dann helfen neue Befugnisse „gegen rechts“ niemandem. Obwohl es bereits heute sowohl im Bereich der Polizei als auch im Bereich

» Vorschnelle Forderungen nach gesetzgeberischen Konsequenzen sind Augenwischerei. «

der Nachrichtendienste jeweils Verbunddateien z. B. zu rechtsextremen Gewalttätern gibt, wurden entscheidende Hinweise augenscheinlich übersehen. Die richtige Konsequenz ist daher, die Nutzung vorhandener Instrumentarien zu verbessern. Hierzu gehört auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden. Allerdings muss bei jeder Zusammenarbeit klar sein, dass rechtsstaatliche Sicherungen erforderlich sind, vor allem, wenn es um Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und Polizei geht. Insbesondere ist das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten strikt zu beachten. Ebenso darf es kein Gesinnungsstrafrecht geben.

Es ist daher gut, dass der Vorschlag des Bundesinnenministers, eine neue gemeinsame Datei von Polizei und Nachrichtendiensten nach dem Vorbild der bestehenden Anti-Terror-Datei zu



Zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und 14 Banküberfälle gehen auf das Konto der Zwickauer Terrorzelle Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt.



Gisela Piltz,
stellvertretende
Vorsitzende der
FDP-Bundestags-
fraktion

schaffen, bereits im Rahmen der Resortabstimmung innerhalb der Bundesregierung durch die Bundesjustizministerin durch rechtsstaatliche Sicherungen verbessert wurde. Im anstehenden parlamentarischen Verfahren wird die FDP-Fraktion strikt darauf achten, dass die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit umfassend gewahrt werden. Parallel müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um rechtsextremen Gruppierungen von vornherein den Nährboden in der Gesellschaft zu entziehen. Gegen rechtes Gedankengut müssen Staat, Gesellschaft und jeder Einzelne jederzeit die Werte unseres Rechtsstaates verteidigen.

WWW

Mehr Informationen unter:
www.fdp-fraktion.de/rechtsextremismus

FDP will einen Masterplan Alphabetisierung für Deutschland

ABC

Im Bildungsbereich stehen wir vor einer wirklichen **Herkulesaufgabe**. Viel zu lange von der Bildungspolitik ignoriert wurde der Kampf gegen Analphabetismus in unserem Land. Das Ergebnis ist: **7,5 Millionen funktionale Analphabeten** in Deutschland. Diese Menschen können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, aber scheitern beim Textverständnis längerer Texte. Und nicht nur das: Rund 2,3 Millionen von ihnen erreichen nicht einmal dieses Kompetenz-Level, sie können nur einzelne Wörter lesen oder schreiben.

„Es ist keine Schande, nicht richtig lesen und schreiben zu können. Es ist aber eine Schande, wenn wir zulassen, dass Menschen dies verbergen, weil sie sich schämen. Wir müssen das Thema enttabuisieren und alle gesellschaftlichen Institutionen dafür sensibilisieren“, fordert der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt. Für Meinhardt, der auch den Bundesfachausschuss für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Technologie leitet, ist dies eine **Frage der Bildungsgerechtigkeit**, mit der sich die Liberalen zentral beschäftigen sollten.

Die Bundesregierung plant für das Jahr 2012 einen **Grundbildungspakt**, an dem sich Bund, Länder, Städte, Gemeinden und alle gesellschaftlichen Gruppen aktiv beteiligen werden. „Die FDP begrüßt die **nationale Strategie gegen Analphabetismus**. Wir haben sie konsequent gefordert. Hierzu muss

» Wir müssen das Thema enttabuisieren und alle gesellschaftlichen Institutionen dafür sensibilisieren. «

ein ganzes Maßnahmenbündel hinzukommen“, so Meinhardt.

Es wird ein neues Programm zur arbeitsplatzorientierten Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung mit rund 20 Millionen Euro geben. Die FDP hat in den Haushaltsverhandlungen darüber hinaus weitere fünf Millionen Euro für notwendige Alphabetisierungskampagnen verhandelt. Besonders wichtig für die Zukunft ist: Die inzwischen erfolgreiche **Weiterbildungsprämie** kann auch für Alphabetisierungskurse eingesetzt werden. Patrick Meinhardt sieht darin einen erheblichen

Schub für die Grundbildung in Deutschland mit dem Ziel, keinen der Betroffenen zurückzulassen.

Von zentraler Bedeutung ist des Weiteren grundsätzlich die **Förderung des Lesens** in Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung investiert zusätzlich 26 Millionen Euro in das Programm „Lesestart“ der Bundesstiftung Lesen. Damit sollen Kinder und Erwachsene zum (Vor-)Lesen motiviert werden. Außerdem setzt die Koalition auf verstärkte Sprachförderung in Kitas und finanziert dazu ein entsprechendes Programm mit 400 Millionen Euro.

Patrick Meinhardt formuliert es so: „Funktionale Analphabeten müssen eine zweite und dritte Chance erhalten. Wir brauchen gemeinsame Anstrengungen von Kommunen, Ländern und Bund, Unternehmen, Vereinen und Initiativen und wirksame Weiterbildungsangebote. Unser Ziel ist ein **„Masterplan Alphabetisierung“**, der vor Ort ansetzt. Deshalb muss beim Aufbau von lokalen Bildungsbündnissen auch auf Alphabetisierungsinitiativen und Leseprogramme gesetzt werden.“

Jens Schmid



Gemeinsam besuchten der Geschäftsführer der Bundesstiftung Lesen, Dr. Jörg Maas, und der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt, zum bundesweiten Vorlesetag den Kinderladen „Trau Dich“ in Berlin-Kreuzberg.

WWW

Mehr Informationen im Internet unter
www.fdp-fraktion.de
www.patrick-meinhardt.de

Den Großteil der in Deutschland hergestellten Güter exportieren wir in unsere europäischen Nachbarländer – das sichert Wohlstand und Arbeitsplätze.



Euro-Stabilisierung bleibt wichtigste Aufgabe

Die schwarz-gelbe Koalition arbeitet auch in diesem Jahr mit Hochdruck an einem gangbaren Weg aus der Finanzkrise. Mit den Brüsseler Beschlüssen wurde bereits ein solides Fundament gelegt. Dennoch stellen die Vereinbarungen des Euro-Gipfels vom Dezember letzten Jahres lediglich einen Anfang dar. Die Stabilisierung der Währungsunion bleibt für die FDP-Bundestagsfraktion auch 2012 zentrale Aufgabe.

Die Liberalen haben 2011 durch ihr Engagement zur Euro-Stabilisierung viel zur inhaltlichen Weichenstellung beigetragen. So hat das Parlament nur durch den konsequenten Einsatz der FDP das letzte Wort, wenn es um die

Führung nur im Rahmen der Euro-Länder sprechen mehrere Fakten: „Die FDP hält an ihrer Position so lange fest, wie uns kein Konzept vorgelegt wird, welches eine Verlagerung von Finanzgeschäften von Deutschland in weniger regulierte Märkte verhindert“, sagt FDP-Fraktionsvize Volker Wissing. Die Finanzminister wollen bis Ende März einen Vorschlag unterbreiten. Einig sind sich beide Koalitionspartner darin, die Wettbewerbsfähigkeit der Länder in Europa zu erhöhen, um die Schuldenkrise in Europa zu lösen. Mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit des Kontinents in einer sich immer weiter globalisierenden Welt legen die Liberalen den Schwerpunkt dabei ganz klar auf Wachstum und Beschäftigung.

Fraktionsvorsitzenden ist dabei die Unabhängigkeit der Notenbank unverzichtbar.

Mit viel Engagement macht sich die FDP zurzeit an die Ausgestaltung der Regeln. Ziel und Motivation ist ein starkes Europa. Für die Bundestagsfraktion besteht eine zusätzliche Herausforderung darin, klare Akzente zur Euro-Rettung in der Koalition herauszuarbeiten – und diese erfolgreich in die Regierung einzubringen. Denn die Koalition aus FDP und CDU/CSU hat jetzt die Chance, einen Meilenstein in der Qualität der Stabilitätsstrukturen zu legen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist dabei die vorgezogene Abstimmung über den permanenten Euro-Stabilitätsmechanismus ESM. Die Einführung soll von 2013 auf 2012 vorgezogen werden. Damit kann die Euro-Zone künftigen Krisen frühzeitiger begegnen. „Der ESM wird sich in Richtung eines europäischen Währungsfonds mit Expertise entwickeln – von der Berufsfeuerwehr in der ersten Phase hin zu einem Brandsicherungssystem“, ist sich der Fraktionsvorsitzende sicher. Die Beschlüsse müssen aber zunächst noch im Haushalt abgebildet werden. Die sauberste Lösung im Sinne der FDP wäre ein Nachtragshaushalt.

Julia Kranz

» Dem Stabilitätspakt sind Zähne gewachsen, vorher war es nur die Andeutung eines Gebisses.«

Entscheidung von Rettungsschirmen für die Schuldenstaaten Europas geht. Außerdem konnte die FDP verhindern, dass Eurobonds eingeführt werden. Und erreichen, dass gleichzeitig verbindliche Schuldenbremsen einsetzen. Mit ordnungspolitischer Vernunft und fundierten Vorschlägen haben die Liberalen nicht zuletzt der Kanzlerin für den erfolgreichen Euro-Kurs der Bundesregierung den Rücken gestärkt.

Gleich zu Anfang des Jahres traf sich dazu Bundeskanzlerin Merkel mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy, um den EU-Gipfel am 30. Januar vorzubereiten. Thema war u. a. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die FDP hat sich darauf verständigt, einer solchen Steuer zuzustimmen, wenn sie alle europäischen Finanzplätze umfasst. Gegen eine Ein-

Die Ausgestaltung der exakten Rahmenbedingungen ist in den Augen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle nun ein „Kraftakt“ um die besten Ideen und Konzepte. Nicht zuletzt hat erst der Mitgliederentscheid im Dezember zum innerparteilichen Euro-Kurs die FDP darin bekräftigt, den Kompass auch in Zukunft auf die Soziale Marktwirtschaft auszurichten. Die bereits durchgesetzten strengeren Regeln für die europäische Haushaltspolitik sind dafür ein Schritt in die richtige Richtung. „Wir bekommen jetzt eine andere Schärfe in den Stabilitätspakt. Da sind Zähne gewachsen, vorher war es nur die Andeutung eines Gebisses“, beschreibt Brüderle die Anstrengungen der Regierung bildhaft. Jetzt sei es besonders an den Liberalen, die Geldwertstabilität in Europa und in Deutschland zu verteidigen. Für den



Rainer Brüderle,
Vorsitzender der FDP-
Bundestagsfraktion

WWW

Mehr Informationen im Internet unter
www.fdp-fraktion.de/euro
www.ezb.de

+++ MdB-Ticker +++ MdB-Ticker +++ MdB-Ticker +++ MdB-Ticker +++ MdB-Ticker +++



Pascal Kober: „Die Liberalen haben ein Interesse daran, dass Selbstständige für das Alter verbindlich vorsorgen“, erklärt der Sozialexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Pascal Kober. Einen Versicherungszwang in das bestehende System der gesetzlichen Rentenversicherung lehne die FDP aber ab. „Das würde keine Probleme lösen, sondern neue schaffen“, ist sich Kober sicher.
www.pascal-kober.de



„Arbeitgeber müssen mehr Ältere einstellen. Und Weiterbildung ist ein Grundrecht für junge wie alte Arbeitnehmer“, so Bracht-Bendt. Einen Schritt in die richtige Richtung sieht die Liberale beispielsweise in der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes.
www.nicole-bracht-bendt.de



Michael Kauch: Mit dem zum Jahresbeginn in Kraft getretenen überarbeiteten Erneuerbaren-Energien-Gesetz wird der Marktmechanismus beim Öko-Strom gestärkt, erklärt FDP-Umweltexperte Michael Kauch. „Die Photovoltaik ist erstmals nicht mehr die teuerste Form von Öko-Strom. Davon profitieren die Verbraucher, die die Umlagekosten zu tragen haben.“ Auch mittelständische Industrieunternehmen gewinnen nun dadurch, dass die Ausnahmeregelungen beim Stromverbrauch energieintensiver Branchen ausgeweitet werden, die bisher nur für Großbetriebe galten.
www.michael-kauch.de



Patrick Kurth: Vor 20 Jahren konnte zum ersten Mal Einblick in persönliche Stasi-Akten genommen werden. Für Patrick Kurth, Berichterstatter für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts, „ein Meilenstein und der Beginn einer beispiellosen und erfolgreichen Aufarbeitung des Unrechts der SED-Diktatur“. Vielen Unkenrufen zum Trotz stehe das Stasi-Unterlagen-Gesetz inzwischen für einen besonnenen, effektiven und rechtsstaatlichen Umgang mit dem Erbe der Stasi-Machenschaften. Dieses genieße in aller Welt höchsten Respekt und habe Vorbildwirkung, erklärte Kurth.
www.patrick-kurth.de



Johannes Vogel: „Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass der Jobmotor Deutschland brummt“, sagt Johannes Vogel, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Mit durchschnittlich über 41 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 2011 wurde ein neuer Rekord aufgestellt. „Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig. Dazu beigetragen haben nicht nur die gute wirtschaftliche Entwicklung und der kluge Umgang mit der Krise, sondern auch der flexible Arbeitsmarkt“, so Vogel.
www.johannes-vogel.de



Heinrich Kolb: „Die FDP-Bundestagsfraktion fordert schon seit einiger Zeit, flexible Übergänge zwischen dem Erwerbsleben und dem Ruhestand ab dem 60. Lebensjahr auf der Basis einer eigenen freien Entscheidung zu ermöglichen“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende und rentenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Heinrich Kolb, zu aktuellen Forderungen der IG Metall nach einem flexibleren Übergang in die Rente. Dabei steht dem mit Abschlägen verbundenen vorzeitigen Renteneintritt der Wegfall von Zuverdienstgrenzen gegenüber. Durch die Verbeitragung der Zuverdienste können durch Abschläge entstandene Lücken zumindest teilweise wieder geschlossen werden. Zudem reiße bei einem flexiblen Übergang in den Ruhestand der Kontakt zum Arbeitsleben nicht ab. Man gehöre weiter dazu, bestimme aber den Umfang der eigenen Arbeit selbst.
www.heinrich-kolb.de



Burkhardt Müller-Sönksen: „Schon allein aus Gründen der Meinungsvielfalt ist eine neue Zeitung in Deutschland zu begrüßen“, sagt der medienpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Burkhardt Müller-Sönksen zur Gründung der „Jüdischen Stimme aus Deutschland“. Das Projekt von Rafael Seligmann werde 67 Jahre nach Nazi-Deutschland die neue beziehungsweise alte deutsch-jüdische Tradition wieder beleben und publizistisch darstellen. „Das ist mehr als nur irgendein neuer Zeitungstitel, das ist eine Bereicherung der Medienlandschaft insgesamt“, freute sich Müller-Sönksen.
www.mueller-soenksen.de

WWW

Aktuelle Mitteilungen finden Sie immer unter www.fdp-fraktion.de

Starke Mitte – starkes Land

Am Tag vor der Dreikönigskundgebung fand traditionell der Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg statt. Nachdem 2011 auch landespolitisch ein turbulentes Jahr im Südwesten war, gingen die Liberalen geschlossen, kämpferisch und mit klarer Haltung in das neue Jahr. Die Liberalen machen sich stark für die Mitte der Gesellschaft. Der Dreikönigsparteitag war der zentrale landespolitische Jahresauftakt.

In ihrer Rede schonte die Landesvorsitzende der baden-württembergischen FDP, Birgit Homburger, die politischen Mitbewerber nicht. Sie erinnerte angesichts des 60. Gründungsjubiläum Baden-Württembergs an den Anteil der Libe-

ralen bei der Gestaltung des Landes und machte angesichts einer unsoliden wirtschaftenden grün-roten Landesregierung deutlich, dass die politische Vernunft in der FDP ihren Anwalt hat. Programmatisch setzte der Parteitag die Schwerpunkte auf eine solide Haushaltspolitik, die Schaffung besserer Strukturen für die Mitwirkung der Mitglieder und schuf genug Raum für eine ausführliche Diskussion um Mindestlöhne.

Jan Havlik



Klare Linien, klare Ordnungspolitik, klare Prinzipien

Rainer Brüderle sprach ein Grußwort auf dem Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg am Vortag des Dreikönigstreffens.

Wenn Rainer Brüderle spricht, erwarten die Zuhörer originelle Wortkreationen. Diesmal dauerte es für die Delegierten des Landesparteitags in Stuttgart nicht lange, bis der FDP-Fraktionsvorsitzende die politischen Mitstreiter mit launigen Zuspitzungen attackierte. Brüderle betitelte Sigmar Gabriel als „Sirtaki-Siggi“ und nannte den Grünen Fraktionschef Jürgen-„Ich-war-mal-eine-Dose“-Trittin. Lachen im Publikum. Die flapsig Bezeichneten dienen dem 66-Jährigen aber nur als stimmungsvoller Aufmacher, um eindringlich und ernsthaft für einen klaren ordnungspolitischen Kurs der FDP zu werben. „Es gibt viele Orchideen, die bunt und farbig sind, aber in schwierigen Zeiten ist mehr denn je Klartext gefordert. Klare Prinzipien, klare Linien und eine freiheitlich ausgerichtete liberale Politik, die auch in Zukunft dazu beitragen wird, Deutschland erfolgreich zu machen“, lautete das kämpferische Credo des Fraktionschefs, für den es viel Applaus gab.

Brüderle beschwor in seinem Grußwort, dass es die FDP brauche, um die künftigen Herausforderungen Europas zu meistern. Mit Rot-Grün wäre die EU bereits auf dem Wege zur „Schulden- und Inflationsunion“, sagte er am Vortag des traditionsreichen Dreikönigstreffens in Richtung Opposition. Die „soziale Schweinerei“ wäre vorprogrammiert, denn die Zeche müssten letztlich die Menschen zahlen. Es sei ein liberales Urprinzip, aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sowie der Effizienz der Sozialen Marktwirtschaft, die Geldwertstabilität in Europa und in Deutschland zu verteidigen. Dies sei im Gen-Code der Republik festgeschrieben – und die

Liberalen ihre Wächter. „Weil die ‚Kleinen‘, die Rentner, die mit geringem Einkommen die Dummen bei inflationären Entwicklungen sind. Deshalb stehen wir für einen klaren Kurs für höhere Stabilität“, begründete Brüderle angriffslos das Anliegen der Freidemokraten.

Zudem erinnerte der Fraktionschef daran, dass die Sensibilität für Preisstabilität Deutschlands Mitgift für die europäische Entwicklung gewesen sei. Aufgrund dessen sei es für die Liberalen auch unverzichtbar, dass die Notenbank unabhängig bleibe. Für die EZB wie die Bundesbank gelte: „Die Notenpresse darf nicht in die Hand der Politik kommen. Das geht immer schief, das hat die Geschichte gezeigt“, stellte der Liberale klar. In seiner kämpferischen Rede wies Brüderle auf die Tragweite der Entscheidungen hin, die derzeit für Europa getroffen werden müssten. Mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit Europas in einer sich immer weiter globalisierenden Welt gehe es nicht um „Kleinkram“, sondern um die „Zukunft des ganzen Kontinents“. Für die Liberalen bedeute dies, dass sie ihre klaren Linien einbringen müssen, damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas wieder steige. Deutschland komme dabei eine Schlüsselrolle zu.

Julia Kranz

WWW

Mehr Informationen im Internet unter
www.fdp.de/wachstum
www.fdp-bw.de
www.fdp-dreikoenig.de



Soziale Marktwirtschaft ist das Wirtschaftssystem der Freiheit

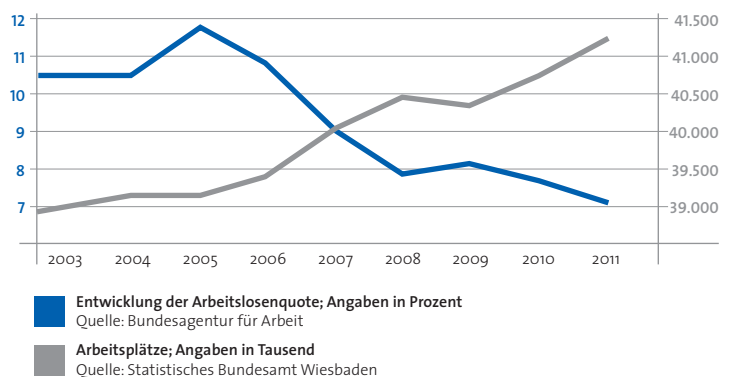
Der Gencode der FDP ist seit ihrer ersten Stunde entscheidend: Die Soziale Marktwirtschaft bildet den Rahmen, in dem individueller und gesellschaftlicher Fortschritt möglich sind; ein Ordnungsrahmen, der allen gleiche Regeln setzt und jedem die Chance gibt, durch eigenen Antrieb Neues zu entdecken, Riskantes zu wagen, auch Fehlentwicklungen zu korrigieren – und Wohlstand für sich und seine Familie zu erwirtschaften. Und die einzige liberale Partei in Deutschland ist auch die einzige konsequente politische Kampfformation für diese Ordnung. Wie das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft gesichert werden und Wachstum auch zukünftig noch den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten und Zukunftschancen für unsere Kinder ermöglichen kann, stand im Mittelpunkt der Rede des FDP-Bundesvorsitzenden beim Dreikönigtreffen der Liberalen.

„Wir Liberale bekennen uns zu Fortschrittsoptimismus und Zukunftschancen. Zu Weltoffenheit und Freiheit durch Verantwortung. Diese liberalen Werte, kombiniert mit wirtschaftlicher Vernunft, sind die Grundpfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Wirtschaftssystem der Freiheit“, rief Philipp Rösler den rund

» Im Mittelpunkt für uns Liberale steht immer der Mensch. «

1400 Gästen im Stuttgarter Staatstheater zu. Es sei das Wachstum, das die Marktwirtschaft möglich macht und allen Menschen auf der Welt die Chance auf Bildung, Ausbil-

Erwerbstätigkeit in Deutschland



dung und Wohlstand eröffne. Denn: „So sehr sich die Liberale für die Wirtschaft einsetzen – im Mittelpunkt steht eben nicht die Wirtschaft. Im Mittelpunkt für uns Liberale steht immer der Mensch“, stellt Rösler klar.

Trotz Krise im Euro-Raum konnte die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr um drei Prozent wachsen und damit ihr vierstärkstes Wachstum seit der Wiedervereinigung erreichen. Es ist das zweite Mal in Folge, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum eine Drei vor dem Komma hat. Mehr als 41 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Arbeitsplatz, so viele wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Löhne und Renten sind gestiegen, Rentenbeiträge gesenkt und Steuern erleichtert. 2012 hat jeder Deutsche im Schnitt 413 € mehr Geld in der Tasche. Aber: Die

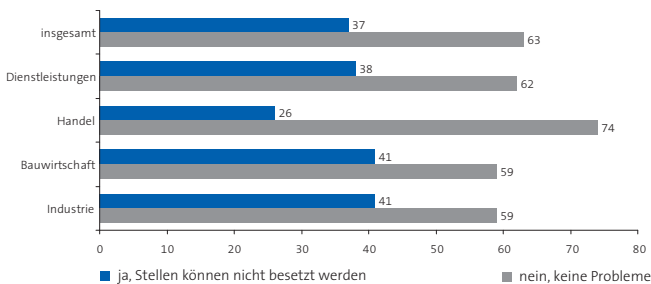


Euro-Krise und eine schwächelnde Weltkonjunktur gehen nicht spurlos an Deutschland vorbei. Das Wachstum wurde zum Jahresende 2011 bereits schwächer. Viele Ökonomen rechnen damit, dass sich der wirtschaftliche Rückgang in den ersten drei Monaten dieses Jahres erst einmal fortsetzen wird.

Umso wichtiger also, Wachstum in den Mittelpunkt politischen Handelns zu stellen. Im Fachkräftemangel, in den Herausforderungen der Energiewende und der öffentlichen Verschuldung in Deutschland und Europa sieht Vizekanzler Philipp Rösler dabei die drei großen Wachstumsfragen der Gegenwart.

„Der Mangel an gut ausgebildeten Mitarbeitern kann zur Wachstumsbremse werden“, warnt Rösler. Deshalb sei es unverzichtbar, in Bildung und Ausbildung zu investieren, zugleich aber auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Chance zu geben. Aber „mit dem Einstieg in die gesteuerte Zuwanderung lösen wir eine entscheidende Wachstumsbremse“, erklärt der Wirtschaftsminister, der darauf hinweist, dass allein im mathematisch-technischen Bereich 150.000 Fachkräfte fehlen. Den Einstieg in eine gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte hat die FDP im vergangenen Dezember durchgesetzt.

Können Sie in Ihrem Unternehmen derzeit offene Stellen mehr als zwei Monate nicht besetzen? nach Wirtschaftszweigen – in Prozent

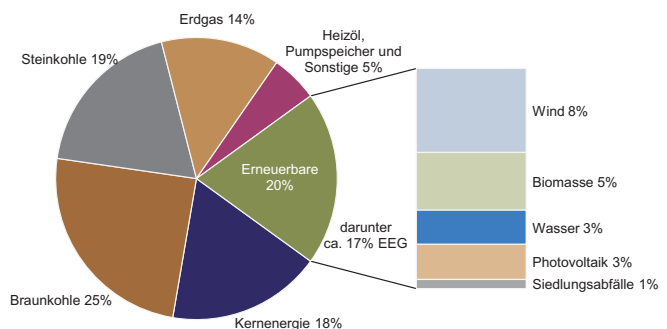


Quelle: DIHK-Arbeitsmarktreport 2011

Auch in der Energiewende erkennt die FDP eine wichtige Wachstumsschraube. „Wenn wir es richtig anpacken, entstehen für Deutschland viele neue Wachstumschancen“, erläutert Rösler in Stuttgart. Die Gegner der Kernenergie fordert er auf, ihn jetzt beim Netzausbau und dem Bau effizienter Kohle- und Gaskraftwerke zu unterstützen. Gleichzeitig verlangt Rösler, den Umbau des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu gestalten: „Fünfzig Prozent des Fördervolumens aus der Umlage für Erneuerbare Energien entfallen auf die Photovoltaik. Dabei trägt die nur mit drei Prozent zur Stromversorgung bei. Eine solche Übersubventionierung hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun.“

Brutto-Stromerzeugung nach Energieträgern 2011

Brutto-Stromerzeugung 2011 in Deutschland: 612 Mrd. Kilowattstunden*



Quellen: BDEW, AG Energiebilanzen
Stand: 14. Dezember 2011

* vorläufig

Einer disziplinierten Haushaltsführung und der günstigen Konjunktur ist es zu verdanken, dass der Bund im vergangenen Jahr weit weniger neue Schulden gemacht hat als ursprünglich geplant. Statt der veranschlagten 48,4 Milliarden Euro neuer Schulden, lag die Nettokreditaufnahme 2011 bei 17,3 Milliarden Euro. Das Haushaltsdefizit sank 2011 auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit deutlich

Fortsetzung auf Seite 14



» Wenn wir es richtig anpacken, entstehen für Deutschland viele neue Wachstumschancen. «

Den Kurs im Blick, verspricht auch der designierte FDP-Generalsekretär, Patrick Döring, dass die Liberalen nicht die Kontroversen der Vergangenheit, sondern die Lösung der Probleme der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen werden. Aufgabe der FDP sei es, die Mitte der Gesellschaft gegen die Verbots- und Steuererhöhungsorgien von SPD und Grünen zu verteidigen. Als starkes und wichtiges Korrektiv werde die FDP auch weiterhin das Land auf einem Kurs der Mitte halten.

Fortsetzung von Seite 13

unter das von den EU-Staaten festgelegte Maastricht-Kriterium zur maximalen Neuverschuldung von drei Prozent. 2010 hatte das Haushaltsdefizit noch 4,3 Prozent des BIP betragen.

Während die Schuldenbremse, die die Liberalen schon in den Wiesbadener Grundsätzen gefordert hatten, dank solider schwarz-gelber Finanzpolitik immer früher greifbar wird, gibt FDP-Chef Philipp Rösler dem kommenden Grundsatzzprogramm bereits ein neues visionäres Ziel vor: Deutschland schuldenfrei. „Wir müssen die Schuldenuhren nicht nur stoppen, wir müssen ihre Richtung umkehren. Dass das geht, zeigen Liberale in Verantwortung. In Bayern und Sachsen wurden 2011 Schulden abgebaut. Zum einen durch strikte Ausgabendisziplin. Neue Ausgaben wollen wir nur zulassen, wenn wir gleichermaßen Einsparungen vornehmen. Und wir setzen auf Mehreinnahmen durch Wachstum“, so der Bundesvorsitzende.

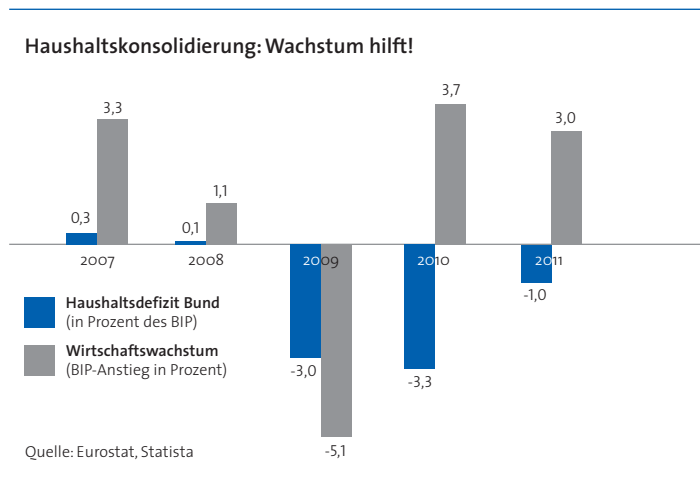
„2011 war ein schwieriges Jahr für die FDP“, räumt Döring zu Beginn seiner Dreikönigsrede ein. Wegen innerer und äußerer Kontroversen sei der tatsächliche Beitrag der FDP in der Koalition nicht zum Vorschein gekommen. „Aber in der Koalition und in der Auseinandersetzung mit der Opposition, vor allem aber im Gespräch mit den Menschen muss es einzig und allein um die Bewältigung der Probleme unseres Landes gehen – und nicht um uns selbst“, betont Döring.

So wie die FDP als Ganzes trage auch jedes Mitglied Verantwortung für die Zukunft des Landes, appelliert die stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Birgit Homburger, auf der Kundgebung im traditionsreichen Staatstheater. „Den Teamgeist stärken und nach außen tragen“, das sei der Auftrag des diesjährigen Dreikönigstreffens. Die Herausforderungen der Zeit „rufen nach dem Wertekompass einer liberalen Partei“, so Homburger.

Präsidiumsmitglied Dirk Niebel unterstreicht in seiner Rede, dass es Deutschland derzeit wirtschaftlich und sozial so gut gehe wie nie zuvor. Dies sei aber kein Zufall, sondern das Ergebnis harter Arbeit. Es mache eben einen Unterschied, wenn Liberale mitregieren, betont er. „Ich will als Entwicklungsminister eine insgesamt gerechtere Welt, den Ausgleich, die gemeinsamen großen Chancen. Aber ich kämpfe gern dafür, dass unser Deutschland eine Insel des Wohlstands, der Gerechtigkeit und der Freiheit auf dieser Erde bleibt. Das geht vielleicht ohne SPD, ohne Grüne, ohne CDU und CSU – aber niemals ohne FDP“, stellt Niebel klar.

„Wir Liberale wissen, dass die Verteidigung der Freiheit insbesondere dann keine politische Schönwetterveranstaltung ist, wenn es darauf ankommt. Doch genau deshalb sind wir in dieser großartigen Freien Demokratischen Partei“, gibt FDP-Chef Philipp Rösler den Liberalen mit auf den Weg in das politische Jahr 2012. Der bis zum letzten Platz gefüllte Saal applaudiert stehend.

Kathrin Klawitter



Zum Abschluss seiner Rede schwört FDP-Chef Rösler das liberale Publikum auf den neuen Kurs ein, denn: „Nur die FDP steht dafür, dass Wachstum auch morgen noch möglich ist. Das ist unser Thema. Das ist unser Auftrag.“

WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.fdp.de/wachstum
www.fdp-dreikoenig.de

Nachhaltiges Wachstum durch disziplinierte Freiheit

Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Prinzip der Freiheit. Sie ist ein offenes ökonomisches System, in dem alle mitmachen können und sollen. Die freie Entfaltung der Individuen in unserer Gesellschaft ist die Grundvoraussetzung für Wohlfahrt stiftenden Tausch. Stete individuelle und gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten sind das Ziel einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Ein „isoliertes Wachstumsziel“ kennt sie dagegen streng genommen nicht. Sie ist vielmehr darauf angelegt, „dass möglichst viele Einzelne möglichst viel Spielraum haben, selbständig etwas zu entscheiden, dass die arbeitsteilige Produktion von Gütern sich möglichst nach den Wünschen der Einzelnen richtet, und dass die Produktion und Zuteilung der Güter möglichst effizient organisiert wird“ (Sachverständigenrat 1975). Wirtschaftswachstum – verstanden als Wachstum des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung – per se ist ein makroökonomischer Begriff, der nur sehr unvollständig den Wohl-

stand, die Entfaltungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft ausdrücken kann. Für den einzelnen sind andere Kenngrößen hierbei weitaus wichtiger.

In der Neugier des Menschen und seiner Neigung, zu ex-

» Die Soziale Marktwirtschaft ist ein offenes ökonomisches System, in dem alle mitmachen können und sollen. «

perimentieren und nach immer neuen und besseren Lösungen zu suchen, liegt die Basis für Innovationen. Der Spielraum des Einzelnen, effizientere Produktionsprozesse zu suchen, sorgt automatisch dafür, dass Ressourcen frei werden, um mehr zu produzieren. Nichts anderes ist Wirtschaftswachstum. Und der Spielraum des Einzelnen, andere Produkte nachzufragen oder neue Produkte zu erfinden und zu produzieren, sorgt für den notwendigen Strukturwandel.

Aus diesem Grund kann eine freie Marktwirtschaft auch nicht auf rein quantitatives Wachstum angelegt sein, sondern sie orientiert sich in der Güterproduktion daran, dem Konsumenten das zu bieten, was er gerne hätte. Dieser qualitative Aspekt des Strukturwandels lässt sich in Zahlen nicht fassen. Dem gegenüber tritt der quantitative Aspekt in den Hintergrund: „Das Ergebnis ist aus den (...) Prozessregeln heraus gerechtfertigt, nicht dadurch, dass es den Vergleich mit irgendeinem wie auch immer gefassten quantitativen Wachstumsziel besteht“ (Sachverständigenrat 1975).

Wachstum ist also kein Ziel an sich. Haben wir Wachstum, so wachsen unsere Spielräume. Was kann Wachstum befördern? Hier haben sich als Treiber des Wirtschaftswachstums folgende Elemente als essentiell herausgestellt: der Bil-



» Handlungsfreiheit und Haftung gehören unverzichtbar zusammen. «

dungsstand der Bürger, Investitionen und Innovationen sowie die Arbeitsmarktentwicklung. Um dieses Wachstum zukunftsfähig zu gestalten, sind eine auf Tragfähigkeit begrenzte Staatsverschuldung und der Schutz der Umwelt unabdingbar.

Um die Zukunftsfähigkeit des Wachstums zu garantieren, reicht Freiheit allein nicht aus. Dafür benötigt man Regeln, die die Freiheit so disziplinieren, dass sie nicht ausbeuterisch gegen andere genutzt werden kann. Diese Regeln begründen Eigentumsrechte bzw. Verfügungsrechte. Sie schützen das materielle und das geistige Eigentum des Einzelnen vor dem unerlaubten Zugriff anderer. Auch die Natur benötigt Rechte vor verschwenderischer Ausbeutung. Handlungsfreiheit und Haftung gehören unverzichtbar zusammen, denn wer etwas tut, muss sich der Früchte seiner Arbeit sicher sein, aber auch die möglichen Konsequenzen tragen. Für eine umweltgerechte Wohlstandsfindung ist eine spezifisch disziplinierte Freiheit nötig. Nur in einer Gesellschaft, die derartige Regeln setzt, besteht eine Chance auf nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Und nur in einer Gesellschaft, die neben der Selbstverantwortung des Einzelnen auch auf dessen Mitverantwortung für das Gemeinsame verlässlich setzen kann, ist eine gedeihliche Entwicklung auf Dauer möglich.

Prof. Dr. Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

„Die Freiheit zum Wachstum wird die entscheidende Aufgabe unserer Zeit“

Interview mit dem Bundesvorsitzenden Philipp Rösler zum neuen Leitmotiv der FDP



elde: Beim Dreikönigstreffen haben Sie die Leitlinien der FDP als Partei des Wachstums skizziert. Was meinen Sie damit?

Die FDP war und bleibt die Partei der Freiheit. Aber wir müssen konkret sagen, was wir mit Freiheit meinen. Ich bin überzeugt, dass in Zukunft die Antwort lauten muss: Freiheit heißt Wachstum – für Menschen, für Ideen, für Unternehmen, für langfristig verantwortliche Entwicklung. Ob wir uns zu Wachstum bekennen oder nicht, wird zur entscheidenden Frage für eine starke Mitte in einem starken Land. Die anderen Parteien stellen Wachstum in Frage – und damit stellen sie die Freiheit des Einzelnen, Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Fortschritt in Frage. Wer Wachstum hemmt, hemmt am Ende die Entfaltung jedes Einzelnen.

elde: Jahrelang stand die Forderung nach Steuersenkung für die FDP im Mittelpunkt ihrer Programmatik – ist die Förderung von Wachstum sozusagen die neue Steuersenkung?

In der Tat war das Thema Steuersenkung als Leitmotiv der letzten 15 Jahre sehr erfolgreich. Wir haben mit diesem Thema für alle greifbar gezeigt, dass wir uns das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, Erwirtschaftung und Ausgaben gänzlich anders vorstellen als die anderen Parteien. Wir konnten mit diesem Beispiel begründen, warum Staatsaufgaben, Bürokratie und Subventionen abgebaut werden sollten, und warum Investitionen in Wachstum wichtig sind. Und mit der Zuspitzung „Mehr Netto vom Brutto“ konnten wir die Wähler der vergessenen Mitte mobilisieren. Am Ende waren wir vielleicht zu erfolgreich – das breite Programm der FDP ist in der Öffentlichkeit auf diese eine Forderung reduziert worden. Die Forderung bleibt richtig und wichtig, schon um Wachstum zu fördern. Aber Wachstum ist jetzt das neue Leitmotiv.

elde: Wie wollen Sie denn vermeiden, dass die FDP wieder nur auf ein Thema reduziert wird?

Erst einmal müssen wir das neue Leitmotiv als Partei überhaupt verinnerlichen und auf allen Ebenen durchdeklinieren. Das geht nicht über Nacht, und das geht auch nicht für

» Wachstum ist jetzt das neue Leitmotiv der FDP. «

jedes Thema. Freiheit durch Bürgerrechte kann nicht unter das Leitmotiv Wachstum gezwängt werden. Aber das Leitmotiv Wachstum kann viel breiter variiert werden als die Forderung nach Steuersenkung. Es greift ähnliche Themen wie die Steuersenkung auf, es steht für die Wirtschafts- und Finanzkompetenz der FDP. Aber über das Wirtschaftswachstum hinaus steht es auch für den gesellschaftspolitischen Anspruch der FDP: für persönliches Wachstum und Entfaltung, für die Bedeutung von Bildung, für den Fortschritt der Gesellschaft, für Technik, Innovationen und eine bezahlbare ökologische Modernisierung, für Investitionen in unseren Wohlstand und die Zukunft. Wachstum ist Leben. Wesenszug einer freien Gesellschaft ist, dass sie wächst. Das ist darüber hinaus ein entscheidendes, breites und emotionales Thema.

elde: Gegenwärtig wird viel darüber diskutiert, ob wir weiterhin auf Wachstum angewiesen sind, um unseren Wohlstand zu sichern. Viele fordern gar den Verzicht auf Wachstum. Vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen, dem Raubbau an der Natur und dem Klimawandel müsste man umdenken. Warum hält die FDP am Wachstum fest?

Es ist grober Unfug, Wachstum zu verteufeln. Das ist die Mode einer trägen, selbstzufriedenen Gesellschaft, die vergessen hat, wie das Brot auf den Tisch kommt. Weder die Begrenztheit bestimmter natürlicher Ressourcen noch der Klimawandel sind stichhaltige Argumente gegen das Wachstum – im Gegenteil. Wachstum heißt doch nicht, dass wir endliche Ressourcen ausbeuten und abbrennen, um Überfluss zu mehren. Wachstum heißt, dass wir Wohlstand auch dort möglich machen, wo er heute nur ein Traum ist. Wachstum heißt, dass wir mit kreativen Lösungen mehr Effizienz bei der Ressourcennutzung erreichen. Beispiel Luftverschmutzung in den Städten: Vor 100 Jahren war die Luft

» Freiheit heißt Wachstum – für Menschen, für Ideen, für Unternehmen. «

viel dreckiger als heute. Technische Innovation, die vom Markt belohnt wurde, hat die Kohleöfen ersetzt. Richtig verstandenes Wachstum ist der einzige Weg, um in Deutschland, Europa und der Welt Lebensqualität und Sicherheit auf Dauer gewährleisten zu können und die großen Ziele der Menschheit zu erreichen – mehr Chancen für mehr Menschen auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand im Einklang mit der Natur.

elde: Selbst Finanzminister Wolfgang Schäuble hat kürzlich gesagt, die westlichen Volkswirtschaften hätten eine gewisse Sättigung erreicht. Das Wachstum in den Industrieländern müsse begrenzt werden.

Da sieht man, dass die Wachstumsfeindschaft schon ins Zentrum der Union hineinreicht, und wie wichtig die FDP ist. Sättigt ist doch nicht, in einer relativ wohlhabenden Gesellschaft zu leben, sondern ihre Grundlagen zu vergessen. Wir stehen im globalen Wettbewerb, und wir sind derzeit die Lokomotive Europas. Jetzt wie Schäuble Wachstum kleinreden zu wollen, ist gefährlich. Wie soll denn die Begrenzung aussehen? Stellen wir dann am 14. September 2012 fest: Genug gewachsen für dieses Jahr – alle Maschinen aus, Menschen nach Hause? Weist das Patentamt dann Er-

findungen zurück? Oder soll Wachstum über neue Steuern und Abgaben für besonders wachstumsintensive Wirtschaftszweige gehemmt werden? Absurde Vorstellungen.

» Jetzt wie Schäuble Wachstum kleinreden zu wollen, ist gefährlich. «

elde: Sie sind da ziemlich leidenschaftlich.

Ja, selbstverständlich! Für uns Liberale ist Wachstum Ausdruck und Ergebnis selbstbestimmten Handelns. Eine Gesellschaft, die kein Wachstum mehr kennt, ist eine statische, eine sterbende Gesellschaft. Hier geht es ans Eingemachte – nicht nur an unsere Grundwerte, sondern an die Fundamente einer lebenswerten Zukunft für unsere Kinder und alle Menschen auf der Welt. Die Freiheit zum Wachstum wird die entscheidende Aufgabe unserer Zeit. Das ist eine Aufgabe, der wir uns von jedem Ortsbeirat an aufwärts stellen werden. Da steht die FDP als Wachstums-Partei, dafür kämpfen wir als gesellschaftliche Kraft!

Die Fragen stellte Christopher Gohl.

Neue Kampagne geht an den Start

Vor der ersten Bundesvorstandssitzung nach Dreikönig enthüllte Patrick Döring das Auftaktmotiv der neuen Kampagne der Bundespartei. Es bildet den Start einer Serie, die für die positiven Effekte von Wachstum für unsere Gesellschaft wirbt und die Rolle der FDP hierbei verdeutlicht.

Die Großflächen- und Plakatspots werden nach und nach erscheinen und bis zum kommenden Bundesparteitag unter anderem um Flugblätter, Postkarten und Onlinemaßnahmen, Aktionsvorschläge und Kleinwerbmittel ergänzt. Geplant sind etwa ein Wachstumslexikon und ein Wachstumsspiel, die die wichtigsten Begriffe rund ums Thema anschaulich machen. Mit einem Plakatspendentool eröffnen wir jedem die Möglichkeit, der FDP an einem Ort eigener Wahl Werbepresenz zu verschaffen.

So verdeutlichen wir, dass Liberale auf die Schaffenskraft und Kreativität der Menschen statt auf staatliche Bevormundung setzen. Wir sind nah bei den Menschen und



ermutigen die Macher. Wir setzen klar auf die Soziale Marktwirtschaft.

Mehr zur neuen Kampagne finden Sie unter www.fdp.de/wachstum.

Thomas Scheffler

Der Mitgliederentscheid war ein Erfolg für die ganze FDP

Am 16. Dezember 2011 wurde das Ergebnis des Mitgliederentscheids zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bekannt gegeben. Von den Mitgliedern, die sich beteiligt haben, sprachen sich 44,2 Prozent für Antrag A „Für ein Europa mit solidem Fundament: Recht, Rechtstaatlichkeit und Marktwirtschaft“ von Frank Schäffler und anderen aus. Für Antrag B des Bundesvorstands „Europa auf dem Weg zur Stabilitätsunion“ stimmten 54,4 Prozent. Insgesamt haben sich 31,6 Prozent der FDP-Mitglieder beteiligt. Damit wurde das für einen Mitgliederentscheid notwendige Quorum von einem Drittel knapp verfehlt. Das Ergebnis wird deswegen nicht als Mitgliederentscheid, sondern als Mitgliederbefragung gewertet und kommt damit nicht einem Parteitagbeschluss gleich. Beschlussfassung bleibt damit der Beschluss „Europa ist Deutschlands Zukunft“ vom 62. Ordentlichen Bundesparteitag in Rostock im Mai 2011. Der Satzungsausschuss der FDP befasst sich mit der Verfahrensordnung zum Mitgliederentscheid.

Philipp Rösler sah im Ergebnis einen klaren Vertrauensbeweis der Basis für die gesamte Parteiführung und ein Signal, dass der inhaltliche Kurs des Bundesvorstandes gestützt werde. Nun

gelte es, die Europäische Integration voranzutreiben. Die FDP sei klar proeuropäisch mit der nötigen ordnungspolitischen Vernunft. Keine andere Partei in Deutschland habe für ihre Europapolitik momentan ein so klares Votum der Basis.

Frank Schäffler und seine Unterstützer akzeptierten das Ergebnis. Ziel müsse nun

sein, die aufgeworfenen Gräben wieder zuzuschütten und die Partei zu einen, so Schäffler. Allerdings war Schäffler wichtig, dass sich immerhin 44 Prozent derjenigen, die sich am Mitgliederentscheid beteiligt hätten, für Antrag A ausgesprochen hätten. Diese müssten auch weiterhin ihren Platz in der FDP haben.

An der Diskussion über Europa konnte man sehen: Freie Demokraten gehen bei allen inhaltlichen Differenzen fair und respektvoll miteinander um. Zerstrittenheit ist, wenn sich Personen streiten. Lebendige Diskussionskultur ist, wenn in der Sache gestritten wird. Andere Parteien beneiden uns um das Instrument der Mitgliederbeteiligung. Mit dem Mitgliederentscheid hat die

» Andere Parteien beneiden uns um das Instrument der Mitgliederbeteiligung. «



FDP innerparteiliche Demokratie und eine faire Debatte vorgelebt. Davon kann sie auch als Partei profitieren.

Klar ist auch: Die FDP war und ist kein Ort des Euroskeptizismus. Alle, die sich an der Debatte beteiligt haben, setzen sich differenziert mit dem Thema auseinander. Und niemand in der FDP will die Europäische Union abwickeln.

Bernhard Müller-Härlin

WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.fdp.de/mitgliederentscheid <http://mitgliederentscheid.fdp.de>

Was die Bundesgeschäftsstelle angeboten hat

Die Bundesgeschäftsstelle hat den Mitgliederentscheid zum ESM mit zahlreichen Kommunikationsmaßnahmen und Hilfestellungen zur Organisation von Veranstaltungen vor Ort begleitet. Hier die zentralen Kommunikations-Elemente:

- „Video-Chat mit Christian Lindner“
- „Euro Duell Live“ zwischen Florian Toncar und Frank Schäffler auf dem a.o. Bundesparteitag

- Videoformat „Euro kontrovers“ mit Hermann Otto Solms und Frank Schäffler
- Fotoreihe „10 Schritte zur erfolgreichen Teilnahme: So stimmen Sie ab“
- Zwei Briefe mit Informationen zum Mitgliederentscheid der Bundesgeschäftsführerin Gabriele Renatus an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden
- Sieben freibriefe über die Entwicklungen des Mitgliederentscheids.

Ergebnisse des Mitgliederentscheids

Zahl der befragten Mitglieder	64.508
Eingegangene Wahlbriefe	20.364
Gültige Stimmen	19.930
Davon entfielen auf Antrag A	8.809 (44,20 Prozent)
Davon entfielen auf Antrag B	10.841 (54,40 Prozent)

Enthaltungen	280 (1,40 Prozent)
Anzahl der unvollständig eingesandten Wahlbriefe	2.597
Anzahl der auf Anforderung erneut zugesendeten Stimmunterlagen	1.726

Schlussphase der Debatte zum Grundsatzprogramm

Ein erster Entwurf wird Anfang Februar 2012 vorliegen



Patrick Döring, des. Generalsekretär der FDP und Vorsitzender der Grundsatzkommission

Der designierte Generalsekretär der FDP, Patrick Döring, führt die Arbeit am Entwurf eines neuen liberalen Grundsatzprogramms in die entscheidende Phase. Als Mitglied der Grundsatzkommission hat Döring die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm bereits mitgeprägt und übernimmt nun deren Vorsitz.

Der ursprüngliche Zeitplan hatte eine Vorlage des Entwurfs für den Programmparteitag im November in Frankfurt vorgesehen. Dieser Zeitplan konnte wegen des Mitgliederentscheides nicht eingehalten werden. Dennoch ist die Debatte weit fortgeschritten. In den vergangenen Monaten wurde in der Grundsatzkommission und den Programmforen bereits viel Substanz erarbeitet. Die Ergebnisse der Grundsatzwerkstätten und zahlreicher lokaler Arbeitskreise, die vielen Veranstaltungen vor Ort, die Umfragen und ein-

gesandten Beiträge waren eine wichtige Orientierung für die Grundsatzkommission. Bis heute haben sich über 5000 Parteifreunde direkt an der Diskussion beteiligt.

Anfang Februar 2012 wird Döring den Entwurf der Grundsatzkommission zur Diskussion an die Partei verschicken. Dann sind noch einmal alle Gliederungen aufgerufen, bis zum Parteitag am 21. und 22. April in Karlsruhe auf selbstorganisierten Veranstaltungen den Entwurf zu diskutieren. Ziel ist es, auch in der Schlussphase der Grundsatzdebatte von den Orts- bis zu den Landesverbänden jeden interessierten Liberalen an der Beratung unserer Grundsätze zu beteiligen.

Die Grundsatzkommission wird bis Mitte März die ersten Reaktionen sichten und ihren Entwurf gegebenenfalls anpassen. Ein vom Bundesvorstand be-

ratener und verabschiedeter Entwurf wird dann als Leitantrag für den 63. Ordentlichen Bundesparteitag am 21. und 22. April 2012 in Karlsruhe vorgelegt. Dort soll nach breiter Diskussion in der ganzen Partei und dann fast zweijähriger Arbeit das neue Grundsatzprogramm der FDP abschließend beraten und beschlossen werden.

Tobias Scholl

WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.chancen-fuer-morgen.de www.fdp-grundsatzprogramm.de



Niebel: Werden größte Reform seit 50 Jahren unbeirrt fortsetzen

In der aktuellen Berichterstattung herrscht derzeit einige Aufregung über die Personalpolitik des BMZ. Wir sollten uns davon nicht beirren lassen – und zurückkommen auf den Boden der Tatsachen:

Richtig ist: Das BMZ hat unter Schwarz-Gelb die größte Reform der Entwicklungszusammenarbeit seit 50 Jahren umgesetzt. Die Fusion von GTZ, InWEnt und DED ist ein Projekt, an dem drei Vorgängerregierungen gescheitert sind. Und dafür zollen uns sowohl Experten als auch die Opposition Respekt.

Richtig ist: Wir schaffen neue Stellen im BMZ, die die politische Steuerung der Durchführungsorganisationen durch das BMZ erst wieder ermöglichen werden. Alle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit werden künftig vom Ministerium koordiniert – damit liegt die Entscheidung über Steuerungs-



Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

der dort, wo sie hingehört: In der Hand der Politik.

Dass wir uns bei der Besetzung der neuen Stellen streng an die Vorgaben

des Grundgesetzes halten, ist selbstverständlich – das Parteibuch spielt keine Rolle. Richtig ist aber auch: Durch die Fusion haben wir im Bund 700 Stellen eingespart. Und selbst wenn man die neuen Stellen, das neue Evaluierungsinstitut – durch das wir endlich etwas über die wirkliche Qualität unserer Zusammenarbeit lernen – und die Servicestelle für Zivilgesellschaft und Kommunen davon abzieht: Unterm Strich sind es 300 Stellen weniger. Also: Die Reform steht – wir gehen unseren Weg unbeirrt weiter und setzen den Koalitionsvertrag Schritt für Schritt um.

Rolf Steltemeier

WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.dirk-niebel.de www.bmz.de www.fdp.de



Der neue Machthaber Nordkoreas während des Begräbnisses seines Vaters in Pjöngjang. Kim Jong-Un im Gespräch mit Armeemitgliedern in der nordkoreanischen Hauptstadt.

Es wird höchste Zeit für einen Klimawandel in Nordkorea

Gespräch mit Walter Klitz, Leiter des Büros in Seoul der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

elde: Mit welchen drei Attributen würden Sie Nordkorea beschreiben?

So beliebt dies im Zeitalter von Facebook auch sein mag, man würde keinem Land gerecht werden, wenn man es mit einem Stempel versieht. Es ist ja gerade Aufgabe einer politischen Stiftung, die kulturellen, geschichtlichen und politischen Hintergründe in ihre Arbeit einfließen zu lassen. Es bedarf also, wie im gesamten politischen Handeln, immer erst einer umfassenden Analyse, um politische Prozesse in Nordkorea, aber auch in jedem anderen Land, in dem die Stiftung arbeitet, nachvollziehbar zu machen.

elde: Wer ist Kim Jong-Un, der neue „oberste Führer“? Tatsächlich der Mann, vor dem, wie nicht nur die Boulevardpresse sinngemäß schrieb, ganz Asien zittern muss?

Begrenzte Provokationen sollte man nicht ausschließen. Begrenzt deshalb, weil im 100. Geburtsjahr von Kim Il-Sung und im 70. Geburtsjahr von Kim Jong-Il in Nordkorea keiner daran Interesse hat, es sich mit China zu verscherzen. Viel aufschlussreicher als der Blick auf den aufstrebenden jungen General scheint mir der Blick auf seine Entourage. Er wird seit der Delegierten-

versammlung der Partei im September 2009 von politischen Weggefährten seines Vaters und seines Großvaters systematisch auf die Machtübernahme vorbereitet. Solange er sich noch in dieser Abhängigkeit bewegt, solange wird er keine eigenen Akzente setzen können. Je länger diese Abhängigkeit dauert, desto berechenbarer wird die nordkoreanische Politik sein. Zurzeit scheint noch eine gewisse Kontinuität gewährleistet. Die Machtübergabe läuft nach Fahrplan, und man ist sich der Gefahren des Übergangs voll bewusst. Die Reihen der Partei sind deshalb in den letzten drei Jahren systematisch geschlossen worden.

elde: Kims mehrjährige Internatszeit in der Schweiz hat ihn nicht mit westlichen Ideen infizieren können?

Damals war er 13, 14 Jahre alt. Gerade in diesem Alter wird man schon wesentlich geprägt. Aber er ist ja nicht der einzige, der sich mit einer anderen Gesellschaftsordnung auseinandersetzen konnte. Viele Nordkoreaner haben im Ausland studiert. Dennoch sind sie dem sozialistischen System und der Partei bedingungs- und selbstlos ergeben, weil nach ihrem Ideologieverständnis der Sozialismus dem Kapital-

ismus moralisch überlegen und gerechter ist. Ideologische und moralische Schulung, die bereits im Kindergartenalter anfängt, lassen die Menschen ernsthaft glauben, dass nur ein entbehrungsreiches Leben den Weg ins sozialistische Paradies ebnet.

elde: Die Aussagen der Staatsführung nach dem Tode Kim Jong-Ils sind eindeutig. Es wird sich nichts ändern im Land. Sind politische und wirtschaftliche Reformen wirklich auszuschließen?

Ich denke nicht, dass es auf absehbare Zeit politische Veränderungen geben wird. Die Stabilität des politischen Systems wird immer oberste Priorität haben und niemand hat ein Interesse daran, die Führungsrolle der Partei in Frage zu stellen. Bei der Diskussion um die Rolle des Militärs wird meistens übersehen, dass es von der Partei abhängig ist und nur bei der Umsetzung politischer Entscheidungen Verantwortung übernimmt. Es ist und bleibt auf absehbare Zeit das Militär der Partei. In all meinen Diskussionen mit politischen Entscheidungsträgern gab man mir in Nordkorea zu verstehen, dass das Land sich auf Dauer wirtschaftlich nicht isolieren kann. Es wird nach mei-

ner Einschätzung zu einer kontrollierten und behutsamen wirtschaftlichen Öffnung kommen. China leistet bei der technischen Erneuerung nordkoreanischer Betriebe bereits heute enorme Hilfe. Wer nach Nordkorea reist, sieht, dass die Sanktionspolitik nicht funktioniert.

elde: Auch mit einem nordkoreanischen Frühling ist nicht zu rechnen? Gibt es keine Nischen, in denen oppositionelles Gedankengut entstehen und gedeihen kann?

Auch wenn Nordkorea nicht so monolithisch ist, wie man dies von außen vermutet: Kritik am sozialistischem System, geschweige denn an der politischen Führung, wird man nicht hören. Im Sozialismus geht das Individuum vollkommen im Kollektiv auf.

elde: Und das Verhältnis zu Südkorea? Nach der Sonnenscheinpolitik der Jahrtausendwende ist wieder etwas wie eine kleine Eiszeit angebrochen.

Es ist in der Tat höchste Zeit für einen politischen Klimawandel. Die Stiftung wird in ihrer Arbeit nicht müde, den politischen Dialog auf beiden Seiten einzufordern. In Südkorea scheint sich langsam auch die Einsicht durchzusetzen, dass es zu ihrem Nachteil ist, dass China mittlerweile die Sonnenscheinpolitik fortsetzt und den Handel mit Nordkorea, vor allem mit Seltenen Erden, Molybdän und anderen für die Hightech-Industrie wichtigen Rohstoffen, massiv ausweitet.

elde: Die Bilder der Massentrauer in Pjöngjang bei der Beisetzung Kim Jong-Ils wirken für westliche Augen befremdlich. Alles nur inszeniert? Oder ist der Personenkult den Menschen wirklich derart ins Blut übergegangen?

Die Mobilisierung der Massen gehört in Nordkorea zu den Hauptaufgaben der Partei. Ob dies Kampagnen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen oder industriellen Produktion sind oder die Trauerfeier. Auf der anderen Seite wird der Verlust des „Geliebten und Unfehlbaren Führers“, auch wie der Verlust eines Familienoberhauptes empfunden.

elde: Die Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit reisen seit Jahren regelmäßig nach Nordkorea. Ausgerechnet eine Einrichtung,

die für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Liberalität steht. Woran liegt's, wie passt das zusammen?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit war zwar der Vorreiter, aber mittlerweile arbeiten alle politischen Stiftungen mit Institutionen in Nordkorea zusammen. Deutschen Organisationen wird ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht, und sie haben, auch in kritischen Zeiten, durchaus belastbare Arbeitsbeziehungen aufgebaut. Die Bereitschaft, sich z. B. mit marktwirtschaftlichen Themen offen auseinanderzusetzen, ist durchaus da. Auch humanitäre Fragen im weiteren Sinne können vollkommen offen angesprochen werden. So konnte die Stiftung wesentlich dazu beitragen, dass die beiden amerikanischen Journalistinnen, die die Grenze zu Nordkorea illegal überschritten hatten und zu zwölf Jahren Arbeitslager verurteilt wurden, frei gelassen wurden.

elde: Ist eine Vereinigung mit dem Süden ein Thema, werden Sie als Deutscher im Norden auch als Wiedervereinigungsexperte wahrgenommen?

Im Gegensatz zu Südkorea ist es als Ausländer in Nordkorea immer schwierig, das Thema der Wiedervereinigung anzusprechen, weil dies als rein innerkoreanische Angelegenheit angesehen wird.

elde: Wenn Sie in Pjöngjang sind, einer Stadt, die zumeist wie ausgestorben wirkt, wie verbringen Sie den Abend?

Unsere Aufenthalte laufen meist nach einem bewährten Muster ab. Der erste Abend ist der Diskussion mit politischen Entscheidungsträgern vorbehalten. Dabei ist es möglich, die ganze Palette aktueller politischer Themen anzusprechen. Auch das ist Ausdruck der

Wertschätzung unserer Arbeit. Das kulturelle Angebot in Pjöngjang ist ebenfalls interessant, ob es das im Spätsommer stattfindende Arirang-Festival ist oder der Zirkus mit atemberaubenden Darbietungen oder Konzerten. Oftmals nutze ich aber auch die Freiheiten, die man mir mittlerweile gewährt, und schlendere abends einfach durch die weitgehend dunklen Straßen von Pjöngjang.

Die Fragen stellte Lars-André Richter.

Walter Klitz leitet das Projektbüro Korea der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sein Arbeitsmittelpunkt ist Seoul. Von dort reiste er in den vergangenen fünf Jahren rund zwanzig Mal nach Nordkorea.

WWW

Mehr Informationen im Internet unter:
www.freiheit.org
www.fdp.de
www.fdp-fraktion.de



Wir werden zurückkommen

Die CDU hat im Saarland am Dreikönigstag die Koalition mit der FDP aufgekündigt. Der Landesvorsitzende Oliver Luksic analysiert die Situation.

In den letzten Wochen haben wir das Kräfteressen von CDU und SPD im Saarland verfolgt. Das Scheitern der Sondierungsgespräche wird nun zu Neuwahlen im Saarland Ende März führen.

Leider hat die FDP-Saar Annegret Kramp-Karrenbauer mit einem Mangel an Partei- und Fraktionsdisziplin den Vorwand für den Bruch der Koalition geliefert. Kramp-Karrenbauer hat sich mit ihrer Entscheidung, am Dreikönigstag die erfolgreich arbeitende Jamaika-Koalition aufzukündigen, aber verspekuliert und sich völlig der SPD ausgeliefert. Der SPD-Vorsitzende Heiko Maas wollte oder konnte seine Parteibasis wohl nicht von einer schnellen Regierungsbildung als Juniorpartner der Union überzeugen.

Nun müssen die Saarländer mit ihren Steuergeldern den Machtkampf von CDU und SPD bezahlen, das Land steht

durch das Taktieren von Kramp-Karrenbauer bis Mai fünf Monate still und ist ohne handlungsfähige Regierung. Dass Kramp-Karrenbauer und Maas nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche bereits eine große Koalition nach der Neuwahl in Aussicht stellen, grenzt an Realsatire. Die Bürger haben bei den anstehenden Wahlen keine echte Wahl mehr und dürfen nur noch entscheiden, ob Maas mit Kramp-Karrenbauer regiert oder andersrum.

Wir Saarliberale nehmen die Herausforderungen eines Wahlkampfes an und wir werden unsere Ideen für die Zukunft unseres Landes präsentieren. Die Fehler der Union, eine schwache Ministerpräsidentin, die das Land ihren machtpolitischen Spielchen opferte und der drohende Stillstand einer uns bevorstehenden Großen Koalition werden uns zudem viele Themen liefern.

Wir haben eine breite bürgernahe

kommunale Basis, aktive und kompetente Abgeordnete auf allen Ebenen und vor allem die Kraft der Freiheitsidee. Wir werden nach einem Neubeginn wieder zurückkommen.



» Es gibt keinen Grund, die FDP Saar abzuschreiben. «

Oliver Luksic,
Landesvorsitzender
der FDP Saar

WWW

Mehr Informationen im Internet unter
www.fdp.de
www.oliver-luksic.de
www.fdp-saar.de

Ehrenamtliches Engagement für kranke Kinder

Von Prof. Dr. Dr. med. Heinz Lübbe, Präsident der Deutschen-Cleft-Kinder-Hilfe e.V.

Seit 2004 bin ich im Ehrenamt als Präsident der Deutschen-Cleft-Kinder-Hilfe tätig. Die Organisation ist eine Non-Profit-Organisation und finanziert sich ausschließlich über private Spenden. „Cleft“ ist der englische Begriff für Spalte und bezeichnet



Ein Kind mit Lippen-Kiefer-Gaumenspalte vor und nach der Operation.

die weltweit häufigste angeborene Gesichtsfehlbildung. Die Folgen der Lippen-Kiefer-Gaumenspalte sind erhebliche Probleme durch Beeinträchtigung des Saug- und Schluckvorganges. Eine Folge sind die deutliche Sprachentwicklungsstörung und die massive Gesichtsentstellung im Bereich von Mund, Lippe und Nase.

Unser Behandlungskonzept umfasst die komplette chirurgische Rehabilitation der Kinder. Wir kümmern uns intensiv um die Sprachbehandlung und in dringenden Fällen auch um die kieferorthopädische Behandlung, ohne irgendwelche Kosten für die Kinder oder deren Familie. Unser Ziel ist es, dass die Kinder ein Leben in Würde führen können, dass sie gesellschaftlich, schu-

lisch, familiär und im Freundeskreis ohne Stigma und ohne das Gefühl der Minderwertigkeit anerkannt werden.

Die Deutsche-Cleft-Kinder-Hilfe hat im Jahr 2010 über 3500 Kinder operiert. Wenn ich Ihr Interesse, Ihre Neugier für die Notwendigkeit dieser Arbeit habe wecken können, bin ich sehr froh und jedem einzelnen Leser für seine Hilfe dankbar.

Deutsche Cleft-Kinder-Hilfe
Spendenkonto Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 25120510
Kontonr. 8484200

WWW

Mehr Informationen im Internet unter
www.cleft-kinder-hilfe.de



Gratulation zum 75. Geburtstag Klaus Kinkels

Der ehemalige FDP-Bundesvorsitzende und Bundesaußenminister Klaus Kinkel feierte am 17. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der FDP-Bundesvorsitzende Philipp Rösler würdigte Klaus Kinkel als „einen aufrechten und streitbaren, wirklich freien Demokraten, der unseren Rechtsstaat nachhaltig mitgeprägt hat und das Bild Deutschlands in der Welt sympathisch und kraftvoll gestalten konnte“. Der Bundesaußenminister Guido Westerwelle dankte dem Jubilar für die lange Zeit, in der er politische Verantwortung getragen und sich große Verdienste um Deutschland und um Europa erworben habe. „Klaus Kinkel hat als zweiter Außenminister des wiedervereinigten Deutschlands die europäische Integration engagiert und erfolgreich vorangerieben. Er ist Europäer mit Herz und Verstand.“

Klaus Kinkel engagiert sich derzeit als Vorsitzender der Deutschen-Telekom-Stiftung vor allem im Bildungsbereich. Im Foto mit Hans-Dietrich Genscher (Mitte) und Guido Westerwelle.

Hörsaal in Rostock erinnert an Arno Esch

Ein neues Hörsaalgebäude der Universität in Rostock erinnert jetzt an Arno Esch. Der Liberale studierte ab 1946 an der Universität Rostock Rechtswissenschaften. Als Mitglied der Liberaldemokratischen Partei engagierte er sich für das Eisenacher Programm der LDP. 1948 wurde er in den LDP-Hauptausschuss, ein Jahr später in den LDP-Zentralvorstand gewählt. Im August 1949 geriet er ins Visier der SED, die in ihm „als Wissenschaftler ebenso wie als Richter eine Gefahr“ erkannte. Wegen angeblicher Spionage und Bildung einer konterrevolutionären Organisation wurde Arno Esch 1949 verhaftet und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde 1951 in Moskau vollstreckt. 1991 rehabilitierte der Oberste Gerichtshof Russlands den Liberalen.



6. Baden-Badener Dialog

Die Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI) veranstaltete am 4. Dezember 2011 den 6. Baden-Badener Dialog. Zum diesjährigen Thema „Die transatlantischen Beziehungen und der Wert der Freiheit in den USA und Deutschland“ konnte der Präsidenten der DGLI, der Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt (2.v.r.), zahlreiche Gäste begrüßen. Als Hauptredner im Dorint-Hotel Baden-Baden sprachen der US-amerikanische Generalkonsul in Frankfurt, Edward M. Alford (2.v.l.), sowie der Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, der Bundestagsabgeordnete Harald Leibrecht (rechts). Links im Bild Thilo Gottstein (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit).



Ehrung für Hermann Marx

Den älteren Parteifreunden in Thüringen ist sein liberales Engagement dort noch in Erinnerung. Hermann Marx trat 1946 in die Liberaldemokratische Partei ein und wurde 1952 vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und zu 10 Jahren Zuchthaus wegen angeblicher Spionage und „Boykotthetze“ verurteilt. Nach der Freilassung 1956 siedelte Marx nach Westdeutschland über. Später wurde er in Bonn kommissarischer FDP-Bundesgeschäftsführer. „Sie gehörten zu den Menschen, die sich in einer diktatorischen Zeit mit hohem persönlichem Risiko für die politische Freiheit eingesetzt haben“, gratulierte Kurth zum 65-jährigen Parteijubiläum. Auf dem Foto bei der Überreichung der Urkunde: Patrick Kurth, Christian Graf Dohna, Hermann Marx, Gabriele Renatus und Achim Schröder (v.l.n.r.).



Catherine Ashton



Johannes B. Kerner



Thomas Gottschalk

Ein großer Abend des Dankes

Im politischen Berlin ein seltener Moment der parteiübergreifenden Ehrerbietung für eine große politische Leistung: die Geburtstagsfeier der FDP im Tipi am Kanzleramt drei Wochen nach dem eigentlichen Jubiläum: 50 Jahre Guido Westerwelle. Statt Pomp und Gloriole fünf glänzend aufgelegte Redner, 850 begeisterte Gäste im brechend vollen Zelt, ein beinahe artenreines rheinisches Buffett – und ein strahlendes Geburtstagskind. Was er und alle anderen vor einem Kamerawald sich an-

hören durften, war ausgewogen: von höchstem Lob bis zu wohlverpacktem Anreiz zu weiterem lustbetontem politischen Streit in der großen Arena draußen. Die Krone bekam uneingeschränkt die Kanzlerin für einen menschlich wie intellektuell anrührenden Rede-Eintrag in Guido Westerwelles politisches Poesiealbum. Enge Freunde, Weggefährten, das Kabinett und die Spitzen der Opposition, Showstars, Botschafter aus 40 Ländern, Mitarbeiter – alle waren sich einig: ein denkwürdiger Abend! woe.



Hans-Peter Keitel



Vicky Leandros



„Wir haben uns immer vertraut. Vertrauen ist das, auf dem die heutige christlich-liberale Koalition gewachsen ist. Und dafür möchte ich ganz einfach Danke sagen.“
Angela Merkel

Fotos: Matthias Hornung, dpa, ddp, Reuters



Modern und fortschrittlich dank Guido Westerwelle

Aus dem Grußwort Dr. Philipp Röslers an den Jubilar

Wir arbeiten nicht nur politisch eng zusammen. Uns verbindet auch ein persönliches Verhältnis. Guido Westerwelle hat mich immer gefördert. Dafür bin ich ihm dankbar. Ich konnte mich immer auf ihn verlassen. Und sein Rat ist und war mir wichtig. Und das gilt bis heute, bis in die tagesaktuelle Politik hinein.

Wir alle wissen: Die 90er Jahre waren keine einfachen Zeiten für Liberale. Es war immer Guido Westerwelle, dem es

gelungen ist, der Partei Mut, Zuversicht und Kampfeswillen zuzusprechen und die Menschen im Land für die Idee der Freiheit zu begeistern.

Die Betonung der Eigenständigkeit der FDP ist mit Guido Westerwelle Gegenstand unseres liberalen Selbstverständnisses geworden. Die Schuldenbremse wurde erstmalig in die Wiesbadener Grundsätze aufgenommen. Das zeigt, wie modern und fortschrittlich die FDP Mitte der 90er Jahre schon war. In der Parteigeschichte werden die Wiesbadener Grundsätze heute in einem Atemzug mit den Freiburger Thesen genannt.

Wir stehen für die gesellschaftliche Mitte, wir entlasten die gesellschaftliche Mitte. Diese konsequente Betonung

hat uns den Erfolg gebracht. Die scharfe Zuspitzung auf ein Thema vor 2009 war die Basis für unseren großen Erfolg und für das herausragende Ergebnis bei der Bundestagswahl. Es war vor allem Dein ganz persönlicher Erfolg, lieber Guido. Dafür danken wir Dir.

In der Zuspitzung lag aber auch zugleich die Ursache für die schwierige Situation, in der sich unsere Partei derzeit befindet. Ich davon überzeugt, dass gerade deshalb die Neuorientierung unserer Partei genau richtig ist. Wir haben jetzt gemeinsam eine neue Botschaft: Wir sorgen dafür, dass Deutschland auf Wachstumskurs bleibt. Nur gemeinsam wird es gelingen, an das erfolgreiche Thema „Wir wollen die Mitte stärken“ anzuknüpfen.

Unsere Ehrerbietung für Frohnatur mit Kampfgeist

Aus dem Grußwort Rainer Brüderles beim großen „Guido-Fest“

Wir kommen ja beide aus dem gleichen Kulturkreis. Guido ist mehr Rheinland, ich bin mehr Pfalz: Das ergänzt sich seit Jahren nahezu perfekt. Für uns beide ist Frohnatur kein Schimpfwort, sondern ein Ehrentitel.

Wir beide haben in beinahe 30 gemeinsamen Jahren in der Politik Höhen und Tiefen erlebt. Wie oft wurde hinter die FDP ein Fragezeichen gemacht, wurden die Nachrufe geschrieben. Wie oft haben wir ein Ausrufezeichen dagegen

gesetzt! Es ist jetzt mitunter vom „neuen Westerwelle“ die Rede. In einem, Guido, hast Du Dich nie geändert, genauso wenig wie ich: Wir sind gewohnt zu kämpfen, und wir tun es gemeinsam!

Der arabische Frühling ist Dein herausragendes außenpolitisches Thema geworden. Du konntest auf dem Tahrir-Platz die unbändige Kraft der Freiheit spüren. Du hast da Zeichen gesetzt. Es ist ja nicht alltäglich, dass die Men-



schen rufen: „Germany, we love you“. Wir haben nicht nur da einen guten Ruf, sondern überall. Den hast Du mit Deinem Wirken gefestigt und ausgebaut. Darauf kannst Du stolz sein. Darauf kann Deutschland stolz sein.



Sie können an Ihrem Ehrentag auf eine stolze Bilanz mit allen Höhen und Tiefen des Politikerlebens zurückblicken. Sie haben in vielen Jahren engagiert und erfolgreich Beiträge zum Wohle unseres Landes und Ihrer Partei, der FDP geleistet. Das möge Sie über schwierigere Zeiten, ..., hinwegtrösten. Wenn ich mir zu Ihrem Geburtstag etwas wünschen darf, dann ist es, dass die FDP sehr bald zu sich zurückfindet.

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D.



Ich freue mich, Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem 50. Geburtstag übermitteln zu dürfen. Ich möchte mich all denen anschließen, die Ihnen aus diesem Anlass ihre Freundschaft und ihre Dankbarkeit für Ihr entschlossenes Handeln an der Spitze der deutschen Diplomatie bekunden. Ich möchte Ihnen auch erneut für Ihre Zusammenarbeit bei der Stärkung der engen Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich danken.

Alain Juppé, Französischer Außenminister



Von ganzem Herzen gratuliere ich Dir zu Deinem 50. Geburtstag. An dem Tag Deines Jubiläums ist es mir eine besondere Freude, unser enges konstruktives Verhältnis zu loben, das uns einen offenen Meinungsaustausch über das ganze Spektrum der Fragen der bilateralen Agenda sowie der internationalen Tagesordnung ermöglichen lässt.

Sergej Lawrow, Russischer Außenminister



Schleswig-Holstein braucht im Landtag die engagierte FDP

Interview mit dem Landesvorsitzenden Dr. Heiner Garg

elde: Seit November 2011 sind Sie neuer Landesvorsitzender der Liberalen in Schleswig-Holstein (elde berichtete) und haben damit Jürgen Koppelin nach 18 Jahren abgelöst. Wo sehen Sie Ihre inhaltlichen Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre?

Ein besonderes Markenzeichen der FDP Schleswig-Holstein war und ist ihre Geschlossenheit. Diese auch in stürmischen Zeiten zu bewahren, ist mir besonders wichtig, weil sie Voraussetzung für engagierte, inhaltliche Arbeit ist, mit der die Nord-Liberalen seit vielen Jahren überzeugen. Ganz aktuell geht es darum, die Chancen, die sich für Schleswig-Holstein aus der Energiewende ergeben, zu nutzen. Die FDP Schleswig-Holstein hat sehr früh auf regenerative Energie gesetzt. Unser Land zwischen den Meeren hat jetzt die Chance, gerade im Bereich der Windenergie bundesweit die Führungsposition zu erobern. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen – etwa beim Netzausbau – daran arbeiten wir mit Hochdruck.

Ein weiteres zentrales Thema ist der Bereich Gesundheitswirtschaft. In keinem anderen Bundesland spielt Gesundheit eine so überragende Rolle wie bei uns in Schleswig-Holstein. Beinahe jeder fünfte sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte arbeitet im Gesundheitssektor – Tendenz weiter steigend. In einer älter werdenden Gesellschaft mit weiter steigenden Ansprüchen an die Versorgung muss es darum gehen, den Zugang zu medizinischen und pflegerischen Leistungen dauerhaft sicherzustellen. Gleichzeitig muss das große Potential, das im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt steckt, wie auch die Innovationskraft im Gesundheitssektor genutzt werden.

elde: Klingt gut – trotzdem liegen sie auch in Schleswig-Holstein derzeit in Umfragen unter fünf Prozent. Wie wollen Sie das bis zur Landtagswahl ändern?

Durch überzeugende inhaltliche Angebote und eine harte Auseinandersetzung im Wahlkampf um die Sache. Reicht es den Menschen, abends nicht im Dunkeln zu sitzen, müssen sie sich für Rot oder Grün entscheiden. Denn Wachstum begrenzen zu wollen bedeutet, den Menschen einen Teil ihres hart erarbeiteten Wohlstandes zu nehmen. Nur die FDP steht für Wachstum als Grundlage für soziale Sicherheit, gute Bildung und sichere Arbeit. Das werden wir deutlich machen. Unmissverständlich. Das gilt übrigens auch für solide Staatsfinanzen. Der harte, aber notwendige Weg zur Haushalts-



» Nur die FDP steht für Wachstum als Grundlage für soziale Sicherheit. «

konsolidierung, der nur mit der FDP beschritten werden konnte, ist dabei eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Und nur mit starken Nord-Liberalen kann dieser Weg weiter beschritten werden.

Die Frage, die die Bürgerinnen und Bürger am 6. Mai 2012 an der Wahlurne entscheiden, lautet also: Soll Schleswig-Holstein ein eigenständiges Land mit Zukunftschancen für seine Menschen bleiben? Ich sage, es muss! Und damit das gelingt, braucht Schleswig-Holstein eine starke, engagierte FDP.

Die Fragen stellte Susann Wilke.

WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.fdp-sh.de www.bmwi.de

Energiewende gestalten – Energiepreise stabil halten

Von Dr. Philipp Rösler,
Bundeswirtschaftsminister



Wer die energiepolitische Debatte in Deutschland verfolgt, sieht, dass viele dabei sind, den gesellschaftlichen Konsens der Energiewende vom Sommer 2011 aufzukündigen. Einige zögern beim Netzausbau, andere kämpfen jetzt gegen fossile Kraftwerke. Doch eines ist klar: mit dem St. Florians-Prinzip ist die Wende nicht zu schaffen. Die FDP steht für Verlässlichkeit – wir stehen zum Ausstiegsbeschluss, wir stehen aber auch zu dessen Konsequenzen.

Erstens muss der Ausbau der Stromnetze mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt halten. Zweitens brauchen wir auch in Zukunft Gas- und Kohlekraftwerke für eine zuverlässige Energieversorgung. Drittens sind neue Speichertechnologien nötig, um die schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien langfristig auszugleichen. Viertens müssen erneuerbare Energien stärker an den Markt herangeführt und EEG-Kosten stabilisiert werden.

Zentrale Ziele bleiben Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Fakt ist aber, dass der Strompreis stetig steigt. Ein zunehmend wichtiger Grund dafür ist die milliarden schwere Förderung erneuerbarer Energien, die von den Stromverbrauchern gezahlt wird. Hier müssen wir dringend umsteuern und dafür sorgen, dass sich erneuerbare Energien rasch ohne übermäßige Subventionen am Markt behaupten können.

Angesichts einer Umlage von knapp 3,6 ct/kWh in diesem Jahr müssen wir vor allem die Kosteneffizienz verbessern. Und wir müssen etwas unternehmen, damit die Umlage nicht weiter steigt. Dazu hat sich die Bundesregie-

» Es macht keinen Sinn, jährlich rund 7,5 Milliarden Euro und rund 55 Prozent der Förderung der erneuerbaren Energien in eine Technologie zu stecken, die nur rund 3 Prozent des deutschen Stroms erzeugt. «

rung letzten Sommer verpflichtet. Für die Akzeptanz der Energiewende ist die Kostenfrage ein entscheidender Faktor. Besonders bei der Photovoltaik-Förderung müssen wir endlich einen ökonomisch sinnvollen Weg einschlagen. 2011 wurden trotz der Absenkung der Förderung voraussichtlich wieder mehr PV-Anlagen installiert als je zuvor. Es macht keinen Sinn, jährlich rund 7,5 Milliarden Euro und rund 55 Prozent der Förderung der erneuerbaren Energien in eine Technologie zu stecken, die nur rund 3 Prozent des deutschen Stroms erzeugt. Zum Vergleich: Der gesamte Länderfinanzausgleich betrug 2010 knapp sieben Mrd. Euro. Wir brauchen eine Regelung, die die Einhaltung des maximal subventionierten Zubaus auch garantiert. Die bisherigen Regelungen im EEG greifen nicht und verfehlen das Ziel. Verbraucher und Unternehmen sind keine Melkkühe. Zudem sollte beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien die europäische Perspektive stärker in den Blickpunkt rücken. Wir müssen die Förderung mittelfristig europaweit bes-

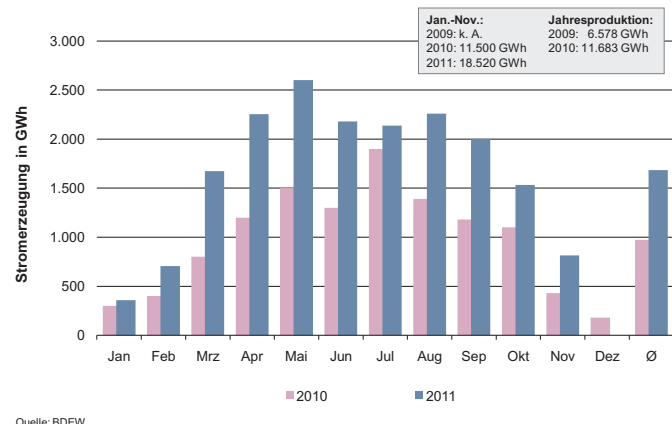
ser abstimmen. Unser Ziel muss sein, die besten Potenziale vorrangig zu erschließen. Wenn der Wind an anderen Orten stärker bläst und die Sonne länger scheint als bei uns, sollten wir diese Chance nutzen. Davon werden gerade auch die deutschen Unternehmen als Marktführer in Solar-, Wind-, und Systemtechnologien profitieren.

[www](#)

Mehr Informationen
im Internet unter



Erzeugung aus Photovoltaikanlagen



Quelle: BDEW

Brauchen wir ein NPD-Verbotsverfahren?

Vor dem Hintergrund der rechtsextremistischen Anschläge in Zwickau stellt sich die Frage nach einem NPD-Verbot neu. Ist es Zeit für ein neues Verbotsverfahren?



Pro

Die NPD als Partei gehört verboten



Christian Ahrendt, Parlamentarischer Geschäftsführer und rechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Die NPD gehört verboten! Insofern habe ich meine Meinung geändert. Seit dem gescheiterten Verbotsantrag argumentieren wir mantramäßig, dass eine Partei, nie aber eine Gesinnung verboten werden kann.

Die NPD hat sich in der Parteienlandschaft etabliert. Zweimal ist sie seit 2003 trotz millionenschwerer Programme gegen Rechtsextremismus in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern eingezogen. Finanziert durch Wahlkampfkostenerstattungen und Fraktionsgelder betreibt sie den Kampf gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Selbst ein knapp verpasster Landtagseinzug spült frisches Geld in ihre Kassen.

Auch glauben Sicherheitspolitiker, dass eine Sicherheitslücke entsteht, sobald V-Leute abgeschaltet werden. Das ist falsch. 130 V-Leute in der NPD haben in gut zehn Jahren keinen einzigen Hinweis auf den Terror des NSU gegeben. Man muss bedenken, dass V-Leute keine verdeckten Ermittler mit rechtsstaatlicher Grundüberzeugung sind. Es sind Nazis. Ob der Verfassungsschutz seine V-Leute lenkt oder die V-Leute den Verfassungsschutz, ist mehr denn je eine offene Frage. Angesichts des fehlenden Erkenntnisgewinns können wir die V-Leute abschalten. Damit wäre das wichtigste Hindernis für ein Verbotsverfahren ausgeräumt.

Oft wird vergessen, dass nur drei von sieben Richtern wegen formeller Voraussetzungen den Verbotsantrag abweisen konnten. Ob das heute noch so ist, ist offen. Unsere Demokratie nicht entschlossen mit den Instrumenten zu verteidigen, die unser Grundgesetz vorsieht, ist jedoch ein Fehler.

Contra

Die Ideologie bleibt, dann im Untergrund

Die NPD steht mit ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie einer liberalen Gesellschaft diametral entgegen: Rassismus steht gegen Toleranz, „völkisches“ Denken gegen individuelle Freiheit, Nationalismus gegen Weltoffenheit. Dennoch sprechen zwei Gründe gegen ein Verbotsverfahren:

Erstens bekämpft man den Rechtsextremismus nicht, indem man eine Partei verbietet. Wir müssen die Mitte in unserem Land durch kluge Wirtschafts- und Sozialpolitik stärken. Auch Bildung und Aufklärung sind für die Prävention wichtig. Rechtsextreme Straftaten müssen konsequent verfolgt und verfassungsfeindliche Vereine verboten werden. Ein NPD-Verbot ist dagegen Symbolpolitik. Nur eine aktive Bürgergesellschaft, die sich jeden Tag aufs Neue mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzt, stärkt ihr demokratisches Immunsystem. Wenn die NPD verboten ist, bleibt rechtsextremes Denken, dann aber im Untergrund, bestehen.

Zweitens ist das Risiko eines neuen Verbotsverfahrens zu groß. Beim letzten Versuch haben die mangelnde Kommunikation zwischen den 17 Verfassungsschutzämtern und die miserable Vorbereitung zu einer bitteren Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht geführt. Die Gefahr besteht immer noch, weil sich an den grundlegenden Strukturen nichts geändert hat. Diese Verhältnisse müssen wir korrigieren, statt uns auf symbolische Politik zu verlegen. Das damalige Karlsruher Urteil hat die Hürden für ein Verbot weiter angehoben. Wenn wir wieder darüber stolpern, hat nur die NPD gewonnen.



Dr. Stefan Ruppert, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

[www](http://www.fdp.de)

Mehr Informationen im Internet unter



Vorratsdatenspeicherung

Die Speicherung personenbezogener Daten durch oder für öffentliche Stellen, ohne dass die Daten aktuell benötigt werden, wurde vom Bundesverfassungsgericht am 2. März 2010 für verfassungswidrig und nichtig erklärt. elde beantwortet die Fragen, die derzeit diskutiert werden:

Ist die Vorratsdatenspeicherung nicht unproblematisch, weil doch nur eine Art Mindestspeicherfrist den Unternehmen auferlegt wird?

- Bei der Vorratsdatenspeicherung wurde ohne Anlass u. a. von jedem Bundesbürger gespeichert, mit wem jeder wann und wie lange telefonierte, wo jeder sich wann mit seinem Mobiltelefon befand, von wem jeder eine SMS erhielt oder absendete oder wem jeder eine E-Mail schickte – und das für insgesamt 6 Monate.
- Die Vorratsdatenspeicherung sollte über die Verknüpfung aller Arten von Telekommunikation (SMS, Telefon, Standortdaten, E-Mail und Internet) insbesondere Kommunikationsprofile ermöglichen. Rückschlüsse auf Kommunikationsinhalte, auf persönliche Interessen und auf die Lebenssituation der Betroffenen sind dadurch möglich.
- Mit der Vorratsdatenspeicherung konnten geschäftliche Kontakte genauso rekonstruiert werden wie soziale Beziehungen und Bewegungsprofile.

Ist die Vorratsdatenspeicherung nicht notwendig gegen Terrorismus, Kinderpornographie oder Organisierte Kriminalität?

- Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat festgestellt, dass die Vorratsdatenspeicherung auf die Aufklärungsquoten in den EU-Mitgliedstaaten „praktisch keine Auswirkungen“ hat.
- Der niedersächsische Innenminister Schönemann hat Ende Mai 2011 selbst einräumen müssen: „Erhebliche Auswirkungen im Hinblick auf die Aufklärungsquote bei Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Tatmittel Internet begangen wurden, sind für das Jahr 2010 nicht festzustellen.“
- In 99,5 % der Ermittlungsverfahren spielen Telekommunikationsdaten überhaupt keine Rolle.

Was ist neu an dem Kompromissvorschlag der FDP?

- Er orientiert sich an Verfahren, die z. B. in den Vereinigten Staaten und Kanada durchgeführt werden. Hinter dem Namen „Quick freeze“ verbirgt sich ein Verfahren, das vorhandene Daten für die Zwecke der Strafverfolgung „einfriert“ und dann zur Strafverfolgung „auftaut“. Der Vorschlag setzt also bei der bestehenden Speicherpraxis der Unternehmen an und schlägt ein neues zweistufiges Verfahren vor.
- Mit diesem neuen Verfahren ist ein rasches Vorgehen leichter möglich. Die Schwelle für das Einfrieren von Daten ist niedrig. Es reicht aus, dass von den Strafverfolgungsbehörden erwartet wird, dass sie diese Daten für die Verfolgung von Straftätern erfolgreich einsetzen. Für Polizei und Staatsanwaltschaft ist die Möglichkeit des Einfrierens gegenüber der alten Regelung eine Vereinfachung.

- Die vorgeschlagene Regelung für die Sicherung von Telekommunikationsdaten trägt auch den Grundrechten Rechnung.
- Neu ist, dass die Zuordnung einer Internetprotokolladresse (IP-Adresse) an eine bestimmte Person zu einem bestimmten Zeitpunkt sieben Tage festgehalten wird, um insbesondere zur Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet so genannte Bestandsdatenauskünfte zu ermöglichen. Dabei erhalten die Strafverfolgungsbehörden keinen Zugriff auf die Verkehrsdaten selbst. Die Speicherung zielt lediglich darauf, dass Ermittlungsbehörden unter bestimmten Voraussetzungen in Erfahrung bringen können, wer sich hinter einer ihnen bereits bekannten IP-Adresse im Internet bewegt hat.

Ignoriert die FDP nicht die EU-Richtlinie, die schnell umgesetzt werden muss?




- Die EU-Kommission überarbeitet gerade die europäische Richtlinie und holt dabei auch ein Gutachten zu Quick Freeze ein – das ist der Vorschlag der FDP.
- Fünf Mitgliedsstaaten haben die EU-Richtlinie nicht umgesetzt.
- Den Bürgerinnen und Bürgern ist nicht vermittelbar, schnell noch eine Richtlinie umzusetzen, die die Kommission durch eine neue ersetzen will.
- Die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ist noch nie auf ihre Vereinbarkeit mit der EU-Grundrechte-Charta überprüft worden, die erst nach Verabschiedung der Richtlinie in Kraft getreten ist.

WWW

Mehr Informationen im Internet unter



Vorratsdatenspeicherung
Was wurde gespeichert?

 Festnetz- und Mobilfunkkommunikation - Rufnummer der Kommunikationspartner - Gesprächsdauer - Verbindungsdatum und -uhrzeit - Bei Handy: Standort, Empfänger und Absender von jeder SMS	 E-Mail-Kommunikation - Kopfzeile der E-Mail mit: - E-Mail-Adressen von Sender und Empfänger - Send- und Empfangsdatum	 Internet - IP-Adressen - Ein- und Ausgangsdaten - Verbindungsdauer
---	--	---



elde will's wissen:

Jörg von Polheim, seit 2012
neu im Deutschen Bundestag

Zur Person

Jörg von Polheim ist seit diesem Jahr neues Mitglied des Deutschen Bundestages für die FDP-Bundestagsfraktion. Er wird als Mitglied im Petitionsausschuss arbeiten. Der ausgebildete Bauingenieur und selbstständige Bäckermeister rückt damit auf den frei gewordenen Platz des bisherigen Staatsministers Werner Hoyer, der als Präsident in die Europäische Investitionsbank wechselt. Polheim war seit 1994 Fraktionsvorsitzender der FDP im Stadtrat von Hückeswagen. Seit 2008 ist er Kreisvorsitzender des Kreisverbands Oberberg.

Was ist Ihr Lebensmotto?

Immer vorwärts schauen, ohne dabei die Vergangenheit aus den Augen zu verlieren.

Ihr Lieblingsprojekt?

Mehr Handwerker in den Bundestag.

Als Kind wollten Sie sein wie ...?

Jim Knopf.

Und heute?

Lukas, der Lokomotivführer.

Was können Sie richtig gut?

Brötchen backen.

Was können Sie absolut nicht?

Geschenke einpacken.

Was können Sie absolut nicht leiden?

Unehrlische Menschen, die andere hintergehen.

Mit wem würden Sie gern mal die Rolle tauschen?

Gustav Gans.

Und mit wem nicht?

Donald Duck.

Wo zappen Sie konsequent weg?

DSDS, GNTM, IBESHMHR, usw...

Wie konsequent sind Sie überhaupt?

In wichtigen Dingen konsequent, ansonsten lasse ich mit mir reden.

Was sagt man Ihnen nach?

Sagen Sie's mir...

Was sollte man Ihnen nachsagen?

Nur Gutes, selbst wenn es nicht immer der Wahrheit entspricht.

Was war Ihr schönstes Geschenk?

Meine vier Kinder.

Welches Geschenk von Ihnen hat die größte Freude ausgelöst?

Ein selbstgemachtes Mensch-ärger-Dich-nicht-Spiel aus Holz.

Was würden Sie auf eine Robinson-Insel mitnehmen?

Eine Hängematte, Bücher von Wolf Serno – aber kein Handy oder ähnliches!

Wie entspannen Sie?

Beim Doppelkopfspiel mit meiner Familie.

Was wäre Ihre Traumreise?

Wanderung über die Insel Island.

Was haben Sie zuletzt geträumt?

Dass mehr Handwerker in den Bundestag kommen.

Wovor fürchten Sie sich?

Keine Furcht mehr zu haben.

Ein Stichwort für den Autor Ihrer Nobelpreis-Laudatio?

Er backt die weltbesten Brötchen.

Ihr Leibgericht?

Rinderroulade mit Rosenkohl – und als Nachtisch Welfenspeise.

Können Sie das auch kochen?

Nicht so gut wie meine Mutter.

Mit wessen Hilfe am liebsten?

Wie gesagt – ich lasse lieber kochen.

Ihr schrägster Einkauf?

Ein Trümmerhaufen, der einmal eine mechanische Rechenmaschine war. Habe sie leider nie ans Laufen gebracht.

Was bereuen Sie?

Alles was ich nicht gemacht habe.

Wer putzt Ihre Schuhe?

Selbst ist der Mann.

WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.fdp-fraktion.de
www.fdp.de

Leserbriefe

Zu: Schwerpunkt

Reichen Brot-und-Butter-Themen?

Brot-und-Butter-Themen allein machen noch keine liberale Politik aus. Wenn sich die FDP vornimmt, in diesen eng begrenzten Bereichen „Politik nach liberalem Verständnis“ zu machen, dann bleibt vieles auf der Strecke. Natürlich ist die Soziale Marktwirtschaft die Basis und Europa eine Gemeinschaft von Werten und für Vielfalt. Aber blenden wir als liberale Partei damit nicht wesentliche Bereiche der Politik aus? Bisher wurde beklagt, dass sich die FDP auf Steuersenkungen reduziert hat. Nun beschränken wir uns ohne Not auf Brot-und-Butter-Themen. Liberale Politik lässt sich nicht einengen oder beschränken. Ich wünsche mir einen allumfassenden Politikansatz, der Antwort auf die täglichen Herausforderungen gibt.

Manfred Pullmann, Nürnberg

Zu: Staatstrojaner

Konsequenzen müssen gezogen werden

Ich finde es gut, dass unsere Bundesjustizministerin das Gespräch mit dem Chaos Computer Club gesucht hat.

Damit ist sie an die Quelle der Information gegangen. Nun muss mit Konsequenz untersucht werden, was an den Vorwürfen dran ist. Allein die Tatsache, dass der Staat mit einer Überwachungssoftware in privaten Computern herumschnüffelt, ist schon ein starkes Stück. Wenn das auch noch ohne richterliche Anordnung geschieht, trotz klarer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dann grenzt das an eine Straftat. Ich würde mich freuen, in einer der kommenden Ausgaben etwas über die Konsequenzen zu lesen, die aus diesem Vorfall gezogen wurden. So eine Schnüffelaktion darf es nicht noch einmal geben.

Marie Schlägel, Plauen

Zu: Fragebogen

Ist es der richtige Autor?

Vorab: Ich habe nichts gegen Jörg Litwischuh und achte und anerkenne seine Arbeit. Ich denke auch, dass er ein geeigneter Vorsitzender der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist. Noch dazu, wo die Liberalen wesentlich zur Gründung der Stiftung beigetragen haben. Aber ist es in der jetzigen Situation der richtige Autor für den Fragebogen? Gibt es in der Zeit, in der die FDP um ihren Platz in der Gesellschaft ringt und in Umfragen unter 5 Prozent liegt, wirklich keinen anderen Menschen, den wir um die Beant-



wortung des Fragebogens bitten können? Der Antworten gibt, die Mut machen, Denkanstöße geben und zum Nachdenken anregen. Wer fragt unsere Mitsreiter beim Ringen um ein neues Grundsatzprogramm, warum sie uns immer noch unterstützen, obwohl es die FDP schwer hat? Wer fragt die Wissenschaftler und Künstler, die immer noch an unserer Seite stehen?

Angela Markwitz, Berlin

Zu: Pro & Contra

Sozialer Sprengstoff?

Da wird über Mindestlohn und Lohnuntergrenze gesprochen, ohne das eigentliche Problem zu beachten: Was passiert, wenn die Menschen von ihrem Lohn nicht mehr leben können? Wenn sie zu „Aufstockern“ werden? Was passiert mit den Menschen, die durch ihr geringes Einkommen auch später eine geringe Rente erhalten? Natürlich muss sich der Staat aus den Tarifverhandlungen raushalten. Aber ein Lohn unterhalb des Existenzminimums ist sozialer Sprengstoff für die kommenden Generationen.

Ronald Kemper, Kiel

Impressum

Herausgeber: Rainer Brüderle und Patrick Döring;

Chefredakteur: Wulf Oehme;

Stellvertretende Chefredakteurinnen: Beatrix Brodtkorb, Kathrin Klawitter;

Redaktion: Roland Kowalke;

Redaktionelle Mitarbeit:

Thomas Diener, Christopher Gohl, Julia Kranz, Daniel Kölle, Gabriele Renatus, Carsten Reymann, Dr. Lars-André Richter, Thomas Scheffler, Thomas Volkmann;

Anschrift der Redaktion:

Thomas-Dehler-Haus,
Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin,
Postfach 04 03 49, 10062 Berlin,

E-Mail: Roland.Kowalke@liberalverlag.de,

Telefon: (030) 27 57 28 79,

Telefax: (030) 27 57 28 80;

Verlag: Universum Kommunikation und Medien AG;

Anzeigen: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin;

E-Mail: renate.metzenthin@liberalverlag.de;

Telefon: (030) 27 57 28 75,

Telefax: (030) 27 57 28 80;

Gestaltung: Cicero Gesellschaft für Werbung und Kommunikation mbH, Wiesbaden;

Druck: altmann-druck GmbH, Berlin;

Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG Berlin.

elde erscheint fünfmal in diesem Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 25 Euro inkl. MwSt. und Versand.

„Erkennt man gute Unternehmen erst in schlechten Zeiten?“

TITUS WOUDA KUIPERS
Regional Director Western Europe Sales & Marketing

In den vergangenen 100 Jahren hat Deutschland so manche Wirtschaftskrise erlebt: von schwankenden Öl-Preisen über geplatzte Internetblasen bis hin zu turbulenten Finanzmärkten. Während viele Unternehmen kamen und gingen, ist Reemtsma ein fester Bestandteil der deutschen Industrielandschaft. Ein Beweis dafür, dass bei uns nachhaltiges Wirtschaften keine leeren Worte sind, sondern tagtägliche Realität. www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.



REEMTSMa



Stuttgart 21 – alles klar für das Jahrhundertprojekt

Die FDP in Baden-Württemberg hat die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 aktiv unterstützt und hat für ein Zukunftsprojekt gekämpft. Das Abstimmungsergebnis war eindeutig.

Wer die Baden-Württemberger bisher nur gemütlich auf der „Schwäbischen Eisenbahn“ sah, staunte in den letzten Monaten: Das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ ist ein Jahrhundertprojekt und wurde jahrelang geplant, in vielen Gremien diskutiert, beschlossen und mehrfach gerichtlich bestätigt. Es umfasst eine komplett neue Trassenführung für Hochgeschwindigkeitszüge zwischen Stuttgart und Ulm und beinhaltet die komplette Neugestaltung des Stuttgarter Hauptbahnhofs mit direktem Anschluss an Messe und Flughafen. Die Finanzierung des Projektes steht. Die FDP unterstützt dieses Projekt als Chance für den starken Zukunftsstandort Baden-Württemberg auf allen Ebenen seit vielen Jahren. Insbesondere die Grünen instrumentalisieren hingegen den Protest gegen ein Verkehrsprojekt der Zukunft. Eine bundesweit im Fernsehen übertragene Diskussion und ein nochmaliger „Stresstest“ machten klar: Das Projekt ist durchführbar und für eine moderne Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar. Für die Grünen

spielte das keine Rolle, sie brauchten ein Wahlkampfthema. Die baden-württembergische FDP-Generalsekretärin brachte es auf den Punkt: „Dass die Gegner von Stuttgart 21 mit keiner Lösung außer dem Abbruch des Projektes einverstanden sein werden, überrascht niemanden. Die moderierten Gespräche und der sogenannte ‚Stresstest‘ waren für sie offenbar nur ein Spiel auf Zeit.“

Im Wahlkampf zur Landtagswahl im April 2011 erweckten die Grünen den Eindruck, dass das demokratisch diskutierte und vertraglich abgesicherte Projekt noch zu verhindern sei. Seit der Wahl koalieren sie mit einer SPD, die dieses Thema auf rechtlich fadenscheinige Weise in einer Volksabstimmung nochmals beschlossen haben wollte. Die Landesvorsitzende Birgit Homburger machte aber ganz deutlich klar: „Für dieses wichtige Zukunftsprojekt steht das Land in der Verantwortung“. Dafür galt es nun zu kämpfen. Am 27. November 2011 wurde der Ter-

min für eine landesweite Volksabstimmung zu diesem Bahnprojekt festgesetzt. Bei der FDP zogen zahlreiche Kreis- und Ortsverbände, der gesamte

» Für dieses wichtige Zukunftsprojekt steht das Land in der Verantwortung.« ‹‹

Landesverband und die Landtagsfraktion unter großem Einsatz ihres verkehrspolitischen Sprechers Jochen Haußmann an einem Strang und besetzten das Thema argumentativ, mit Broschüren und landesweit aufgestellten Plakaten. In drei Abendveranstaltungen des Landesverbandes und in Dutzenden Diskussionsveranstaltungen der Gliederungen wurde deutlich: Es geht bei diesem Projekt um ein Stück Zukunft für das Land.

Der Erfolg war beachtlich und eindeutig: Landesweit votierten fast 59 % der Stimmen für Stuttgart 21. Es spricht eine deutliche Sprache, dass der grüne Ministerpräsident heute so tut, als habe er mit dem Projekt nicht viel zu tun gehabt.

Jan Havlik

Für das Zukunftsprojekt Stuttgart 21: In der Bildmitte die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger, die FDP-Generalsekretärin Gabriele Heise und der Verkehrspolitiker Jochen Haußmann.



WWW

Mehr Informationen im Internet unter www.fdp-bw.de
www.fdp.de
www.fdp-stuttgart.de

Gastautor Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Wer Fortschritt fordert, muss Wachstum wollen!

Wachstum der Wirtschaft heißt vor allem: Wachstum des Wissens. Und zwar jenes Wissens, das an den Weltmärkten Werte schafft. Genau so sind wir Deutsche wohlhabend geworden: durch die Entwicklung unserer Technik im zunehmend globalen Wettbewerb, durch Ideen und Innovationen, durch den Einfallsreichtum der Menschen. Das statistische Ergebnis ist ein hohes Pro-Kopf-Einkommen. Wichtiger aber ist das, was dabei gesellschaftlich erreicht wurde: eine hohe Lebensqualität mit guter medizinischer Versorgung, ausgebautem Sozialstaat, solider Bildung, vielfältiger Kultur und gepflegter Umwelt. Es ist Fortschritt auf fast allen Gebieten.

Auf Wachstum verzichten, das hieße also nicht nur auf neue Ideen verzichten, sondern auch auf deren großen sozialen Ertrag. Das wäre ein hoher Preis. Und er würde in der Zukunft umso höher ausfallen, je schneller Asien, Lateinamerika und irgendwann auch Afrika wirtschaftlich aufholen. Unser Vorsprung würde dahin schmelzen. Es gibt in der Geschichte genug Beispiele von ehemals stolzen Wirtschaftszentren, die im Wettbewerb mit anderen die Führung



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué ist Autor des Buches:
„Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus.“
Carl Hanser Verlag München
2010, 19,90 Euro,
ISBN 978-3-446-42350-3.

einbüßten. Stets empfanden dabei die Menschen vor Ort die Stagnation nicht als kluge Selbstbescheidung, sondern als demütigenden Niedergang. Die fatale politische Antwort hieß oft genug Abschottung statt Weltoffenheit.

Wachstumskritiker gehen indes noch einen Schritt weiter. Sie sehen das Wachstum zwingend an Grenzen stoßen. National sind es die Grenzen der Innovationskraft in einer alternden Gesellschaft, die für sie zählen. Global sind es die Grenzen der Ökologie, allen voran der weltweite Klimawan-



» Wir brauchen das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Bürger. «

del. Die Fähigkeit der Menschen, diese Herausforderungen zu bewältigen, wird dabei als gering eingeschätzt. Aus liberaler Sicht als viel zu gering. Nehmen wir die Alterung der Gesellschaft. Gibt es nicht doch viele Möglichkeiten, die betriebliche Arbeitsteilung zwischen (mehr) Älteren und (weniger) Jüngeren so zu verbessern, dass genug Innovationskraft dabei herauskommt? Können wir nicht Jüngere von unnützen Aufgaben entlasten und Ältere zu neuen Leistungen motivieren? Können wir nicht auch durch geeignete Zuwanderer unsere Innovationskraft ergänzen und stärken?

Ähnliches gilt für die globalen Aufgaben, vor denen wir stehen. Der weltweite Energieverbrauch wird massiv steigen, denn große Entwicklungsländer werden sich industrialisieren. Die Menschen dort wollen auch wohlhabend werden, und niemand sollte versuchen, sie daran zu hindern. Um deren Wachstum in Einklang mit globalen ökologischen Zielen zu bringen, braucht aber die Welt neues technisches Wissen – in Deutschland genau so wie in China, Indien und Bangladesch. Dieses Wissen fällt aber auch hierzulande nicht vom Himmel, sondern es entsteht vor allem durch eines: Wachstum.

Kurzum: eine Welt ohne Wachstum ist nicht nur ein trauriges, sondern auch ein falsches Leitbild. Es verführt zu pessimistischer Lethargie oder zum Ruf nach einem allwissenden Retter, der das Ruder radikal herumreißt. Und wer soll das sein? Wie immer der Staat! Wir brauchen aber etwas ganz anderes, nämlich das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Bürger. Der Staat mag dabei einen Rahmen setzen, aber der Fortschritt muss aus den Köpfen der Menschen kommen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und war 2002-2006 Finanzminister in Sachsen-Anhalt.